

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.

Dienstag, den 30. Januar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.

Preis: 10 Pf. pro Monat.

Preis: 10 Pf. pro Monat.

Menschenopfer.

8752 (8370) Tote und 128 921 (121 005) schwer Verwundete, insgesamt also 137 673 (129 375) auf dem Schlachtfeld der Arbeit...

Grauenvolle Zahlen, die eine furchtbare Anklage gegen den Mangel an Rücksicht enthalten, die auf Arbeiterleben und Arbeitergesundheit von der herrschenden Klasse im Kampfe um den Profit genommen wird.

Diese furchtbaren Verluste an Menschenleben, Menschengesundheit und Menschenglück sind keineswegs notwendige Folgen der Beschäftigungsarten.

Ueber die Ursachen der Unfälle gibt die amtliche Nachweisung keine Auskunft.

Berücksichtigt man diese Unfallsstatistiken, zieht man ferner die Gewerbeinspektorenberichte und die Wahrnehmungen in Betracht, die das tägliche Leben uns zeigen, so dürften als Verursacher der Unfälle sich in erster Reihe herausstellen: Die Länge der Arbeitszeit, die Überarbeit, der Mangel eines gesetzlichen Schutzes der Arbeiterorganisationen...

Die herrschende Klasse, die so gern von dem „Segen der Sozialgesetzgebung“ redet, vermeidet alles, was eine Herabsetzung der Unfälle zur Folge haben könnte.

Die von Jahr zu Jahr absolut und relativ zunehmende Zahl von Unfällen beweist, daß diese Wirkung infolge dieser Prämie auf Nachsichtlosigkeit gegen Menschenleben und Menschengesundheit in Verbindung mit den oben hervorheobenen Faktoren und mit der zunehmenden Macht der Berufsorganisationen, der Verschlechterung der Rechtspflege auf diesem Gebiete sowie dem fast völligen Versagen der Strafrechtspflege gegenüber fahrlässig handelnden Unternehmern...

auch tatsächlich eingetreten ist. Seit der für das Jahr 1902 gegebenen amtlichen Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufsorganisationen fehlt diesen Nachweisungen leider die Uebersicht über die seit 1886 nachgewiesenen Zahlen und Folgen der Verletzungen, für die erstmalig Entschädigung gezahlt ist.

Zahl der verletzten Personen, für welche im Rechnungsjahr erstmalig Entschädigungen festgestellt worden sind:

Table with columns: Rechnungsjahr, überhaupt, absolut (Todes, dauernde Erwerbsunfähigkeit, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit), auf 1000 versicherte Personen.

Die Gesamtzahl der im Jahre 1904 versicherten Personen betrug 10 876 025 (10 465 422), und zwar waren in den 65 gewerblichen Berufsorganisationen 7 849 120 (7 468 494), in den 48 landwirtschaftlichen Genossenschaften 11 189 071 (11 189 071) und in den Ausfuhrungsbehörden 837 834 (800 867) Personen versichert.

Die Vermehrung der Unfälle ist besonders bei den landwirtschaftlichen Betrieben auffallend.

Es betrug in der Landwirtschaft die Zahl der verletzten Personen, für welche im Rechnungsjahre erstmalig Entschädigungen festgestellt worden sind:

Table with columns: Rechnungsjahr, überhaupt, absolut (Todes, dauernde Erwerbsunfähigkeit, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit), auf 1000 versicherte Personen.

Zu dieser Berechnung mag hervorgehoben werden, daß wir die in den amtlichen Nachweisen angegebene Zahl der durchschnittlich Versicherten zur Grundlage der letzten Spalte gemacht haben, während bei früheren Berechnungen eine schätzungsweise eingeleitete, etwas höhere Zahl vom Reichsversicherungsamt für die Berechnung, wie viele Unfälle auf je 1000 Versicherte fallen, genommen wurde.

Diese enorme Vermehrung der Unfälle in der Landwirtschaft offenbart sich als eine noch weit höhere, wenn man an Stelle der vom Reichsversicherungsamt angenommenen Schätzung die etwa wohl rund 4 Millionen niedrigere tatsächliche Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen einsetzt und ferner berücksichtigt, daß in den gewerblichen Betrieben auf 7 849 120 durchschnittlich versicherte Personen 6 868 498 Vollarbeiter (an 300 Arbeitstagen beschäftigte Personen) entfallen, während bei dem Saisonarbeitscharakter des landwirtschaftlichen Betriebes auch nicht annähernd die verhältnismäßig gleiche Anzahl Vollarbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt werden.

Der Zunahme der Unfälle in landwirtschaftlichen Betrieben entspricht der Mangel an Unfallverhütungsvorkehrungen insbesondere in der Landwirtschaft.

Eine Erinnerung ist da am Platze. Am 11. November 1890 hielt der deutsche Kaiser am Schluß einer Sitzung des Landesökonomiekollegiums, in der über die Schutzmaßnahmen gegen die Gefahren landwirtschaftlicher Maschinen beraten wurde, eine Rede.

Wir sind zwei Punkte angefallen, von denen ich bitten möchte, daß Sie dieselben bei Ihrer Beratung berücksichtigen. Es sind seit meiner Regierungszeit merkwürdig viele Fälle vorgekommen, in denen Arbeiterinnen umgekommen sind durch Verunglückung bei Maschinen.

Erbittert und mit Erfolg wendeten sich unsere „Königstreuen“ Agrarier nach und infolge dieser Rede gegen den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften.

Selbst auf die Gefahr, für monarchisch bis in die Knochen gehalten zu werden, stimmen wir dem Urteil des deutschen Kaisers völlig bei, daß die Unfallzahl eine enorme Gleichgültigkeit des agrarischen und industriellen Unternehmertums gegen das Leben und die Gesundheit der von ihm beschäftigten Arbeiter erweist.

\*) Die in Klammern beigefügten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1903.



als Verbreiter derselben festzustellen. Die Verbrecher, die sie begangen haben sollten, waren fürchterlich genug. Sie sollten durch Verbreitung des Flugblattes sich schuldig gemacht haben der Weitertragung von Verleumdung des Landtages, der Aufforderung zu Gewalttätigkeiten und der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen.

Alle die schönen Hoffnungen, den Verfasser, den Verleger und die Verbreiter des Flugblattes hinter Schloß und Riegel zu bringen, sind gescheit. Vor uns liegt folgender Beschluß:

In der Strafsache gegen B. und Genossen wegen Verleumdung wird der Beschluß des Amtsgerichts Kallberge vom 14. Januar 1906, betreffend die Beschagnahme der Exemplare der Druckschrift „An das Preussische Volk“ auf die Beschwerde des verantwortlichen Redakteurs Freygang vom 22. Januar 1906 aufgehoben, da nicht hinreichender Verdacht dafür vorliegt, daß die in der Druckschrift enthaltenen Angriffe sich gegen die Mitglieder des Landtages persönlich richten und im übrigen die Ermächtigung aus § 197 Str.-G.-B. sehr zweifelhaft erscheint. Auch eine Verurteilung aus §§ 130, 131 Str.-G.-B. dürfte nicht zu erwarten sein, da einerseits die Verurteilung zu Gewalttätigkeiten, andererseits das Bewußtsein von der Entstellung oder Erdichtung der Tatsachen nicht nachzuweisen sein wird.

Berlin, den 22. Januar 1906.

Königliches Landgericht II, Strafkammer 6.  
(Unterjchriften.)

Die große Staatsaktion ist verpufft. — Trotz aller Konfiskation unserer Flugblätter ist der Demonstrationstag wunderbar verlaufen; vielleicht gerade darum! Auch die Kriegsvorbereitungen am 21. Januar trugen nicht zur Einschränkung, sondern zur Erhöhung des Andrucks bei. Nun ist nicht einmal eine nachträgliche Rache an den Veranstaltern dieser Demonstration mehr möglich. Das Flugblatt ist unfehlbar, seine Verbreiter sind unfaßbar — die Sozialdemokratie ist unfaßbar! —

#### Staatsanwaltliche Staatsrettung in Permanenz.

Wie uns aus Leipzig telegraphisch gemeldet wird, hat die Leipziger Staatsanwaltschaft abermals zwei Artikel der Leipziger Volkszeitung aus Korn genommen: eine Notiz gegen die Berliner Scharmacher und Hamburger Wahlrechtsträuber in der Nummer vom 20. Januar und den Leitartikel in der Nummer vom 27. Januar, der die hohle Grobmännlichkeit des preussischen Justizministeriums brandmarkt.

Was in diesen beiden Artikeln Strafwürdiges enthalten sein soll, ist uns völlig rätselhaft. Die erste Notiz hängt die häßliche Unanständigkeit eines Berliner Blattes niedriger, das die Hamburger Sozialdemokratie dafür verantwortliche machte, daß bei jenen Erzeissen des Hamburger Janhagens, die die Hamburger Polizei durch eine sträfliche Unvorsichtigkeit selbst provozierte, „vielleicht auch mancher bis dahin ehrliche und unbescholtene Mensch zum Diebe geworden“ sei. Sie macht dazu die ängstlich zureichende Bemerkung, daß sich die von dem Scharfmacherem Bemittelenden „kleinen Diebe“ ja bei den „großen Dieben“, den Hamburger Wahlrechtsträubern für ihr Schicksal behaupten könnten. — Der Leitartikel der letzten Nummer unseres Leipziger Brudervergans stellt höchst zeitgemäße Betrachtungen darüber an, wie unzeitgemäß doch das schöne Gedicht von Justimus Aetner geworden sei, wonach die „mit viel schönen Worten“, ihrer Länder Wert und Wohl“ preisenden Fürsten dem Herzog Eberhart mit dem Worte, „Wirtenbergs geliebtem Herrn“, schücheln doch den Preis zuerkennen, da er allein sich habe rühmen können, daß er sein schynloses Haupt jedem Untertan in den Schoß legen könne. Nach den fürchtbaren Rüttlungen des 21. Januar werde dies Gedicht, das ehedem eine Perle des Schullehrbuchs gebildet habe, ja wohl endgültig gestrichen werden müssen!

Diese Betrachtungen mögen ja denen, die sich getroffen fühlen, höchst bitter sein, allein irgend etwas Strafwürdiges enthalten sie nicht! Die Leipziger Staatsanwaltschaft sollte sich doch nicht übernehmen. Ein paar Anklagen wegen Frechvergebens bringen eine ganz häßliche Abschweifung in das trostlose Eimerlein eines staatsanwaltlichen Daseins; um jedoch gleich ein ganzes Schock solcher Anklagen nicht ganz ohne Geist und Grazie durchzuführen, dazu gehört doch etwas mehr als die landläufige Routine. —

#### Gegen Volkzentredung und Volksrechtung.

Die im Altonaer Polizeibezirk wohnenden Arbeiter haben ihre Demonstration gegen das Dreiklassenparlament erst acht Tage später abhalten können, weil der Polizeigewaltige die für den 21. Januar angelegten Versammlungen für Altona, Ottensen, Langensfeld und Lockstedt für so staatsgefährlich hielt, daß er sie auf Grund des Allgemeinen Landrechts verbot. Aufgehoben war aber nicht aufgehoben, denn die mit der Leitung der Agitation betrauten Genossen meldeten zum letzten Sonntag sieben Demonstrationsversammlungen an, die nicht verboten wurden. Die Polizeigewaltigen haben sich inzwischen beruhigt, doch hatte man immerhin noch Vorsichtsmaßregeln getroffen, um nötigenfalls mit „fester Hand“ eingreifen zu können. Zwar hatte man kein Militär requiriert, wie am roten Sonntag, wo das Rathaus von starken Militärposten bewacht wurde, aber die sich stark genug fühlende Polizei war in den Straßen zahlreich vertreten. Die hintergelassenen Sturmtruppen der Polizisten deuteten auf den „Ernst“ der Situation hin. Die Säbel bläuteten aber nicht aus den Scheiden gezogen zu werden, es verlief in bester Ordnung, für die unsere Genossen selber Sorge trugen.

In Altona sprach in den „Münchensaal“ vor 3000 Personen Genosse Frohme, im „Palmenaal“ vor über 1000 Personen Genosse Gorkis und im „Sternensaal“ vor 1200 Personen Genosse Emil Fischer; in Ottensen fanden zwei Versammlungen statt, die je von über 1000 Personen besucht waren und in denen Genosse von Elm und Genossin Steinschlag sprachen; in Stellingen-Langensfeld und in Lockstedt waren die Versammlungen ebenfalls sehr stark besucht, das Referat hielten die Genosse Hage und Grohleben.

In allen Versammlungen wurden die preussische Reaktion und deren Schutzwall, das Dreiklassenwahlrecht, gebührend beleuchtet und laut die Forderung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für das preussische Parlament erhoben.

Die bekannten Resolutionen, welche die Einführung dieses Wahlrechts verlangen und den russischen Freiheitskämpfern die Sympathie der deutschen Arbeiterklasse ausdrücken, fanden überall einstimmige Annahme. Ferner wurde gegen den dem Reichstage vorliegenden Tabakenergesetzentwurf protestiert. Auch fanden Zellerfassungen zugunsten der russischen Freiheitskämpfer statt. —

**Zur Fleischnot.** Eine von der städtischen Verwaltung in Krefeld herausgegebene Uebersicht über den dortigen Vieh- und Fleischmarkt in den beiden letzten Jahren beweist, daß auch dort die Fleischpreise ganz enorm gestiegen sind. Und zwar stiegen die Schweinepreise im Engrosbandel von 57 M. pro 50 Kilo für gute Ware auf 74 M. im Jahre 1905. Im gleichen Verhältnis stiegen die Preise auch im Kleinbandel, nämlich von 1,50 M. pro Kilo auf 1,83 M. Daß durch diese Preissteigerung der Konsum des Fleisches eingeschränkt wurde, ist selbstverständlich, besonders ging der Verbrauch an Schweinefleisch sehr zurück. Während im Jahre 1904 die Zahl der Schweinefleischschlachten 30 457 betrug, sank diese Ziffer im Jahre 1905 auf 24 683. Die Einfuhr geschlachteten Viehes aus Holland wird durch die Nähe der Grenze sehr begünstigt und machte die vermehrte Einfuhr im Jahre 1905 den Ausfall in etwas wett. Es betrug nämlich die Einfuhr im Jahre 1904 nur 4370 Schweine gegen 7778 im Jahre 1905, doch war der Ausfall noch immer 2368 Stück. Würde in der Uebersicht nicht allein nach Stückzahl, sondern auch nach Gewicht berechnet worden sein, dann hätte man noch ganz andere Zahlen zum Nachteil des Jahres 1905 herausbekommen. Denn durch den Viehmangel ist im letzten Jahre sehr viel unteses Vieh ge-

schlachtet worden. — Bemerkenswert war die viel größere Zahl an Pferdeschlachten gegen das Vorjahr.

**Gedenket des Jahres 1866!** Aus Bayern wird uns geschrieben:

Der fromme „Reichsbote“ sucht dem bayerischen Prinzen Ludwig mit dem Hinweis einzubringen, daß die Sozialdemokraten auch vor dem Hause Wittelsbach nicht Halt machen werden. Die gutgeleitete preussische Presse täte gut, solche Mahnungen nicht nach Süddeutschland zu richten, denn wenn man hier vom Thronmürten hört, so denkt man immer zuerst an den hochseligen König Wilhelm, der Anno 1866 auf diesem Gebiete eine so große Fertigkeit entwickelte. —

Der sozialdemokratische Abgeordnete Goldstein brachte im sächsischen Landtag der zweiten Kammer eine Interpellation ein, in der die Regierung wegen der Versammlungsverbote am 20. und 21. Januar befragt wird.

#### Vorschriftswidrige Soldatenliebe.

In geheimer Sitzung verhandelte das Oberkriegsgericht Nürnberg gegen den Oberleutnant Joseph Oppelt und den Soldaten Ludwig Böhm vom 10. bayerischen Infanterieregiment wegen Vergehens gegen § 175 des Reichsstrafgesetzbuches. Auf Grund dieser Bestimmung hatte am 13. November 1905 das Gouvernementsgericht Jugschadt den Leutnant zu zwei Monaten Festung verurteilt, während es den Soldaten freisprach. Hiergegen hatte der Gerichtsherr Berufung zum Oberkriegsgericht Nürnberg eingelegt, das zu seiner Verhandlung nicht einmal die Vertreter der Presse zuließ. Das Urteil geht dahin, daß der Soldat Böhm eines Sittlichkeitsvergehens nicht schuldig sei und es daher beim Freispruch sein Bewenden habe, Oberleutnant Oppelt dagegen habe sich zwar sittliche Verfehlungen zu schulden kommen lassen, die aber strafgesetzlich nicht zu fassen seien, in dessen sei darin eine vorschriftswidrige Behandlung eines Untergebenen zu erblicken, weshalb er zu zwei Monaten Gefängnis und zur Entfernung aus dem Heere verurteilt werden müsse.

Wegen Mißhandlung von Soldaten verhandelte das Kriegsgericht in Neu-Ulm gegen den Sergeanten Klein vom 12. bayerischen Infanterieregiment. Er hatte einem Soldaten mit einem Weisheit in die Augen geblasen, wodurch eine blutunterlaufene Stelle entstand, ein anderer erhielt mit der Hand einen Schlag ins Gesicht, daß die Nase blutete und die Oberlippe aufschwoll, ein dritter bekam Faustschläge in die Rippengegend. Für diese Verletzung seines Soldatenmutes an wehrlosen Soldaten erhielt der Stellvertreter Gottes die geringe Strafe von 15 Tagen gelinden Arrestes!

#### Ausland.

##### Ungarn.

**Budapest, 28. Januar.** Die Blätter stellen in Besprechung der Audienzen des Grafen Andrássy beim Monarchen fest, daß die Aussichten auf Verständigung zwischen der Krone und der Nation nahezu gänzlich geschwunden seien; das Land gehe einer düsteren Zukunft entgegen. Einige Blätter ermahnen dazu, die morgige Sitzung des leitenden Ausschusses der Koalition abzuwarten, in welcher Graf Andrássy dem Führer der Koalition offiziell Bericht erstatte, worauf ein Beschluß gefaßt werden wird, den Graf Andrássy dem Könige überbringen werde. —

##### Italien.

**Wahlrechtsreform in Italien.** Der „Avanti“ veröffentlicht ein Manifest des Agitationskomitees zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts, in welchem die Arbeiter aufgefordert werden, sich für den Kampf zur Erringung des allgemeinen gleichen Stimmrechts für die Wahlen zu den gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften vorzubereiten. Das Manifest ist von je zwei Genossen des Parteivorstandes, der parlamentarischen Fraktion und der Gewerkschaftsorganisation unterzeichnet. —

##### England.

##### Die Wahlen.

Nach den letzten Wahlergebnissen sind gewählt: 385 Liberale, 42 Vertreter der Arbeiterpartei, 84 Rationalisten, 155 Unionisten. Es fehlen nur noch die Ergebnisse aus vier Wahlbezirken.

##### Dänemark.

##### Christian tot.

König Christian IX. von Dänemark ist gestern (Montag) plötzlich gestorben.

Der gute Mann hat ein Alter von fast 88 Jahren erreicht und regierte seit dem Jahre 1863. Er hinterläßt sechs Kinder, deren ältestes, der Kronprinz Friedrich (geb. 1843), nimmere das Thronchen bestiegt.

**Berlin, 29. Januar.** (B. Z. V.) Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs fällt der Ball im königlichen Schloß am 31. d. M. wegen Ablebens Seiner Majestät des Königs von Dänemark aus. —

##### Norwegen.

##### Ein Ministerwechsel.

Der Streit um den Lehrstuhl der Theologie an der Universität Kristiania ist zugunsten der liberalen Richtung entschieden worden. In der Staatsratsitzung am Sonnabend wurde Dr. Ording zum Professor ernannt. Unmittelbar darauf reichte der Kultusminister Chr. Knudsen sein Abschiedsgesuch ein, das auch sofort bewilligt wurde. Zu seinem Nachfolger ist Dr. theol. Otto Jensen ernannt, ein im öffentlichen Leben wenig bekannter Mann, von dem man jedoch annehmen muß, daß er nicht der engstirnig orthodoxen Richtung angehört.

Im Ministerium standen die Staatsräte Vinje und Hagerup-Bull auf Knudsens Seite; sie hielten die Sache jedoch nicht für so wichtig, ihre Kanten niederzulegen.

##### Persien.

**Zeichen und Wunder.** Teheran, 27. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das diesige Blatt „Schachinshahi“ berichtet, der Schah habe in einer zahlreich besuchten Versammlung auf das Bestehen der reaktionären Hoshpari, die Freisheit einzuführen, hingewiesen und erklärt, das Gedeihen und der Fortschritt des Landes hänge ausschließlich von seinem Bildungsgrade ab, die Presse aber fördere sehr die Bildung; er werde glücklich sein, wenn sein Volk seiner als eines Herrschers gedente, der dem Volkswohle keine Hindernisse bereitet habe. —

**Berichtigung.** In unserem Eig. Ver. aus Paris (letzte Sonntagsnummer) ist als äußerster Termin für die Deputiertenwahlen der 20. Mai angegeben. Es muß heißen: 27. Mai. —

#### Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Montag den Etat der Justizverwaltung. Zunächst wurde auf das Ueberhandnehmen von Hilfsrichtern hingewiesen unter Verächthigung dessen, daß die Vermehrung der Richter bei weitem nicht im Verhältnis zu der Vermehrung der Bevölkerung gewachsen sei. Trotz der Vermehrung der Richterstellen im vorigen Jahre um 199 sind am 1. Januar 1906 noch 660 Hilfsrichter zur Bewältigung der laufenden Geschäfte — außer 403 sonstigen Hilfsrichtern — notwendig gewesen. Auch die Ueberlastung der Gerichte wurde von neuem eingehend erörtert und seitens des Justizministeriums im allgemeinen anerkannt. Es wurde darauf hingewiesen, daß mit der Vermehrung der Richterstellen allein dem Uebelstand nicht abgeholfen sei, sondern daß auch

durch eine innere Organisation eine Entlastung der Richter von formularmäßigen Schreibarbeiten, die den Gerichtsschreibern übertragen werden könnten, und auch eine Entlastung der Gerichtsschreiber von Kanzleiarbeiten und unwürdiger Registerführung erreicht werden könnte. Ferner wurde eine umfangreiche Beschäftigung der Gefangenen bei Moorulturen, Restorationsarbeiten und im landwirtschaftlichen Betriebe befürwortet, während die Justizverwaltung dies für Justizgefängnisse nicht überall für angängig hielt.

Die Frage der Entschädigung von Schöffen und Geschworenen durch Gewährung von Diäten ist noch nicht im Staatsministerium erörtert worden und nach Ansicht des Justizministers besser durch Reichsgesetz zu regulieren. Auf eine Anfrage von freisinniger Seite, ob der Minister es für geboten erachte, Vereinen oder Vereinigungen von Referendaren, die jüdische Referendare ausschließen, das Unzielmäßig ihres Verhaltens zu erkennen zu geben, antwortete der Minister, daß er mit Rücksicht darauf, daß jeder Beamte sich seinen Umgang selbst wählen könne, nicht in der Lage sei, dagegen einzuschreiten. — Auf Grund der verteilten Denkschrift wurden die Verhältnisse der Kanzleigehülfen näher erörtert und dabei festgestellt, daß in Aussicht stehende, die Bezüge stufenförmig, teils nach Zeiträumen der Beschäftigung, teils nach Serienstufen zu regeln, wobei drei Gruppen nach Maßgabe des Wohnungsgeldzuschusses für die Klasse A, I und II und für die Klassen III und IV gebildet werden sollen. Unter Erhöhung des Mindestsages auf acht Pfennige pro Seite soll nach fünf Jahren ein Mindesteinkommen von 900 M. garantiert werden und das Höchsteinkommen mit 1705 M. (mehr 400 M.), 1860 M. (mehr 520 M.), und 1960 M. (mehr 640 M.) erreicht werden. Für die Pensionierung der Kanzleigehülfen ist wesentlich, daß sie nach 15jähriger Tätigkeit unwiderlich angestellt werden sollen, wodurch sie nicht nur den gesetzlichen Anspruch auf Pension und Rente erhalten, die bisher ihnen nicht bewilligt wurden, erhalten, sondern auch nur im Wege des Disziplinarverfahrens entlassen werden können. Für die Pensionierung ist als Höchstgehalt der Betrag von 1800 M. maßgebend. Für die nächstjährigen Etats ist ein Neubau für das Kammergerichtsgebäude an einer anderen Stelle geplant.

Der Etat wurde unberändert angenommen.

#### Aus der Partei.

##### Protestversammlungen gegen das preussische Landtagswahlrecht.

Auch diesen Sonntag fanden im Wahlkreise Dortmund und Görde zwölf meistens stark besuchte Protestversammlungen statt, in welchen selbstverständlich auch die blamablen Vorkehrungen der Regierung am letzten Sonntag gebührende „Würdigung“ fanden. Ueberall wurden die bekannten Resolutionen einstimmig angenommen. Zur Stunde ist von irgendwelchen Zwischenfällen nichts bekannt geworden, dürften sich auch kaum ereignen, da unsere Leute Disziplin halten und die Polizei sich meistens vernünftig zeigt. Es kommt auch vor, daß letzteres nicht der Fall ist, wie diese Woche bei der Protestversammlung in Görde. In Görde hatte beinahe alle der Bürgermeister und alle Lokale „weggemietet“, bis auf eins. So hatte der Bürgermeister hinreichend Klame für unsere Versammlung gemacht, die sich denn auch so imponant gestaltete wie kaum eine zuvor in Görde. Den Wirten aber, die sich so bereitwillig ihre Lokale vom Bürgermeister haben wegmieten lassen, wurde dadurch gelohnt, daß ihnen am Abend des Versammlungstages die Polizeistunde auf zehn Uhr festgesetzt wurde. Ein unerhörtes Vorgehen. Bürgermeister Evers hatte Angst, deshalb hielt er auch seine Polizei für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht für ausreichend und erbat und erhielt vom Oberbürgermeister Schmieding der Stadt Dortmund Hilfe. Aber zu tun gab's nichts, und Herr Bürgermeister Evers hat sogar in der bürgerlichen Presse reichlich Spott geerntet. Evers war früher in Remscheid Bürgermeister, wo er sich in der Staatsretzeerei ebenfalls einen Ruf erworben hat. Als seiner Zeit der Rheinische Arbeiter-Sängerbund in Remscheid sein Fest feiern wollte, wußte Evers das zu hindern, indem er kurzerhand das Festzelt abbrechen ließ.

Nicht weniger als 106 Strafmandate wegen der Verbreitung des Flugblattes zum 21. Januar „An das preussische Volk“ sind bis jetzt unseren Parteigenossen in Halle a. S. von der Polizei zugewiesen worden. Was bisher Sonntags umgehindert geschehen konnte, soll jetzt strafbar sein. Die Polizei scheint mit dem 21. Januar gar nicht auf ihre Rechnung kommen zu wollen. Schließlich müssen die Arbeiter noch die Säbelschleifereien, Redaktionsbeschlagnahmen durch Strafmandate bezahlen. Jedoch allzu scharf gespannt, platzt der Bogen.

##### In Schlesien machen wir das so!

15 Prozesse hat die Staatsanwaltschaft in Breslau der dortigen „Volkswacht“ im neuen Jahre schon angehängt. Einer der Prozesse gegen den Genossen Böbe endete ja bereits mit der Verurteilung desselben zu der horrenden Strafe von einem Jahre, ein zweiter brachte einen Tag Gefängnis ein. Sonst ist unser Parteiblatt angeklagt wegen einer ganzen Reihe von Warnungen vor Bezug nach bestreiten Verleiben, Verleumdungen, die u. a. darin bestehen, daß in einem Gerichtsberichte scharfe Worte des Vorsitzenden gegen einen Polizisten, in einem anderen die gegen einen Nachwächter wiedergegeben worden sind, und andere schredliche Verbrechen mehr. — Hoffentlich müssen die in Frage kommenden Richter nicht neben dem Redakteur der „Volkswacht“ auf der Anklagebank Platz nehmen.

##### Rezhäuser vor seinen Kollegen!

Mit dem Streit zwischen dem Redakteur Rezhäuser und der „Leipziger Volkszeitung“ beschäftigt sich Ende der vorigen Woche eine von 1000 Verbandmitgliedern besuchte Buchdruckerversammlung in Leipzig-Reudnitz. Rezhäuser war selbst zugegen, nahm aber — soweit wir aus dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ ersahen — nicht das Wort. Wir übergeben die Erörterungen in der Versammlung, welche speziell die Buchdrucker interessieren, und geben nur wieder, was für die Arbeiterschaft im allgemeinen zu wissen wertvoll ist.

Als erster Redner ging Drehtler auf die unangenehme Sache ein. Er wünschte, daß Schritte getan werden sollten, um das traurige Verhältnis zwischen Rezhäuser und der „Leipziger Volkszeitung“ für immer aus der Welt zu schaffen. In einer Zeit wie jetzt, wo der Kampf gegen die Gesamtarbeiterchaft auf die Spitze getrieben sei, sei es Pflicht der Buchdrucker, mit der übrigen Arbeiterschaft Hand in Hand zu geben. Die „Leipziger Volkszeitung“ sollte aber auch alles vermeiden, was geeignet sei, Rezhäuser zu Erwidern zu veranlassen.

Vorstandsmitglied Kulau ist nicht dafür, daß bei der vorgerückten Stunde die Angelegenheit „Leipziger Volkszeitung“ Rezhäuser noch erledigt werde. Klar möchte man sich aber werden, daß die Art und Weise, wie in der letzten Zeit zwischen der „Leipziger Volkszeitung“ und Rezhäuser polemisiert worden sei, nicht mehr so weiter gehen könne. Er gebe zwar zu, daß Rezhäuser nicht völlig einwandfrei verfahren sei, aber man dürfe ihm nicht gleich die niedrigsten Weggründe unterstellen. Er beantrage, die Erörterung der Angelegenheit einer besonderen Versammlung zu überweisen.

Antwortlicher Engelbrecht bemerkte, es läme ihm vor, als wenn die letzte Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ gegen Rezhäuser

Die Forderung sein sollte zu einem rücksichtslosen Vorgehen der „Leipziger Volkszeitung“ gegen den „Korrespondent“. Dem müsse entgegengetreten werden, da nur die Buchdrucker die Spitze auszulösen hätten, die andere eingeht. Es müßten unbedingt Mittel und Wege gesucht werden, den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Er erklärte, daß es ihm, als er die letzte Notiz in der „Leipziger Volkszeitung“ gelesen habe, gewirren sei, als habe er einen Schlag vor den Kopf erhalten. Das könne nicht mehr so weiter gehen, den Vertreter einer Arbeiterorganisation als moralisch verurteilt zu brandmarken. Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe seien die lachenden Dritten, wenn sich die Arbeiter untereinander zerfleischen. Gewiß sei von der anderen Seite (gemeint ist Mezhäuser) nicht gerade taktisch richtig verfahren worden, indessen zu einer solchen Schreibweise, wie sich die „Leipziger Volkszeitung“ in der Sache bedient habe, sei noch kein Anlaß gegeben. Der Redner bekämpfte sodann den Vorschlag, in einer besonderen Versammlung den Konflikt zu behandeln. Aber ein Weg der Verständigung müßte gefunden werden. Engelbrecht verlas danach einen Antrag, den Gewerkschaften mit der Einberufung einer Sitzung zu beauftragen, zu der die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ und die „Korrespondent“-Redaktion hinzugezogen werden sollten. Ferner verlas er folgende von Zabarowski eingebrachte Resolution:

Die heutige Mitgliederversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker zu Leipzig ist empört über die in Nr. 8 des „Korrespondent“ befindliche, gegen die „Leipziger Volkszeitung“ gerichtete Notiz, worin die Redaktion des „Korrespondent“ behauptet, die „Leipziger Volkszeitung“ habe in dem Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht zu Gewalttätigkeiten aufgefordert. Die Redaktion des „Korrespondent“ hat der Leipziger Staatsanwaltschaft und Polizei mit dieser Behauptung einen willkommenen Dienst geleistet gegen den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, den Kollegen Meising, der bekanntlich wegen dieser Beleidigung vor dem Leipziger Landgericht angeklagt ist. Die Versammelten verurteilen die in jener Behauptung der „Korrespondent“-Redaktion zum Ausdruck kommende niedrige Meinung aufs schärfste und weisen sie entschieden zurück.

Vogelzang bemerkte: Was den Konflikt zwischen der „Leipziger Volkszeitung“ und Mezhäuser anlangt, so wünsche er ebenfalls dessen endgültige Beseitigung. Für die Resolution sei er jedoch nicht zu haben, denn darin besomme der eine Teil recht, während der andere verdonnert werde.

Zabarowski: Nicht die „Leipziger Volkszeitung“ hat Mezhäuser angegriffen; umgekehrt ist es richtig. Nach dem Artikel kam erst die Antwort der „Leipziger Volkszeitung“. Ich bebaure es tief, daß der Leipziger Staatsanwaltschaft in unserem Verbandsorgan gegen einen Kollegen in dieser erbärmlichen Weise Material in die Hand gespielt worden ist. Ich erhebe hier laut dagegen Protest, daß die Redaktion eines Arbeiterblattes, wie des „Korrespondent“, ungestraft der Polizei Spitzeldienste leistet. Die Erziehung, wie sie Mezhäuser mit seiner Redaktionsführung im „Korrespondent“ der jüngeren Generation in der Kollegenchaft, die leider nur dies Blatt liest, zuteil werden läßt, muß auf diese geradezu verheerend wirken, zum Schaden der ganzen Organisation. Daß keine Nummer erscheint, worin die Partei nicht in der schärfsten Weise angegriffen wird. Die Dinge stehen so, daß es durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß Mezhäuser sogar als Zeuge gegen einen seiner Kollegen vor Gericht zitiert werden würde. Wir sind es der gesamten Gewerkschaftsbewegung schuldig, daß wir uns mit dem Gebaren Mezhäuser nicht identifizieren. Ich bitte deshalb um Annahme der Resolution. (Stürmischer Beifall.)

Nach weiterer aber belangloser Debatte gelangte folgender Antrag gegen zwei Stimmen zur Annahme, über den der Vorsitzende Engelbrecht als den nach seiner Meinung weitgehendsten zuerst abstimmen ließ:

Der Gewerkschaften wird beauftragt, mit dem Zentralvorstand in Verbindung zu treten zur Einberufung einer Konferenz mit der Parteileitung, um den Konflikt zwischen der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Korrespondent“-Redaktion aus der Welt zu schaffen.

Gewerkschaften Engelbrecht, der nunmehr die Resolution für gegenstandslos hielt, ersuchte darauf Zabarowski um Zurückziehung derselben, woselbst Ersuchen dieser entsprach.

Eine neue sozialistische Monatszeitschrift ist soeben in Belgrad (Serbien) unter dem Titel „Zivot“ (Das Leben) erschienen. Die erste Nummer enthält Beiträge von Dr. Jankowitsch, Djuritsch, Dr. Misch, Fr. Bolkowitsch, Radulj, Aleman, Raschitski, Karadzitsch und eine Uebersetzung der Rede Vebels: „Der Antisemitismus und die Sozialdemokratie“.

#### Dollzeitliches, Gerichtliches uhm.

Wegen Stübelbeleidigung ist auch das Harburger „Volksblatt“ angeklagt.

Wegen Beleidigung eines Wäschefabrikanten wurde der verantwortliche Redakteur der „Hürter Bürgerzeitung“, Genosse Köllner, vom Schöffengericht Hürth zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Das genannte Parteiblatt hatte in einem Verlesungsbericht die Arbeitsverhältnisse im Betriebe des Fabrikanten kritisiert, woselbst Klage erfolgte. In dem Urteil wird anerkannt, daß die Lohnverhältnisse in der Fabrik keine glänzenden seien; es fehle aber der Nachweis, daß sie in anderen Betrieben besser sind!

Saarbrücken. Wegen Beleidigung des Kriminalhauptmanns Moser wurde der Redakteur der „Saarwaacht“, Genosse Joh. Seel, zu 150 Mark Geldstrafe event. für je 10 Mark einen Tag Gefängnis, von der hiesigen Strafkammer verurteilt. Die Beleidigung wurde gefunden in einem Artikel: „Was einem bei der Polizei passieren kann“, in welchem die Erlebnisse eines Arbeiters erzählt wurden. Wegen das Urteil wurde Revision angemeldet.

### Soziales.

#### Krankensversicherung in Coblenz.

Die Landarbeiter sind in die reichsgesetzliche Krankensversicherung nicht einbezogen. Die ländlichen Arbeiter können durch Landesgesetz oder durch Statut einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes dem Versicherungszwang unterworfen werden. Solche Landesgesetze sind nur für wenige Staaten (die beiden Schwarzburger, Württemberg, Baden, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Bayern, Meckl. u. L. und Sachsen-Meinungen) erlassen. Insbesondere fehlt natürlich für Preußen mit einem Dreiklassenparlament eine gesetzliche Krankensversicherung der ländlichen Arbeiter. Aber auch statistische Versicherungen stoßen in Preußen auf den Widerstand der Großgrundbesitzer. Der Mangel einer Krankensversicherung ist für Kleinbesitzer und ländliche Arbeiter außerordentlich fühlbar. Im April 1908 ver sprach die Reichsregierung eine Ueberstufung über den Umfang der bestehenden statistischen Krankensversicherungen zu geben. Sie hat ihr Versprechen nicht eingelöst. Sollte Bestimmung gewesen sein, daß so sehr wenig statistische Krankensversicherungen für die ländlichen Arbeiter in Preußen erlassen sind? Das Fehlen einer Krankensversicherung auf dem Lande ist um so schmerzlicher, als im Jahre 1882 bei der zweiten Lesung des Krankensversicherungsgesetzes der Versicherungszwang auch für ländliche Arbeiter ausgesprochen war und erst in dritter Lesung — auf Verlangen desentrums — mit 186 gegen 134 Stimmen fiel. Die Errichtung einer Krankenkasse ist für diejenigen Güter, insbesondere für Kleinbesitzer vorteilhaft, deren Arbeiter in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind. Dem für diese Arbeiter muß der Besitzer im Falle der Erkrankung für die Dauer von sechs Wochen Arzt- und Krankenhausekosten allein tragen. Die Einführung der Versicherungspflicht auf eigene Initiative des Besitzers hin ist trotzdem äußerst selten. Die meisten Großgrundbesitzer beschäftigen im wesentlichen Saisonarbeiter und auch viele außerhalb des Gutes wohnende Arbeiter.

Dieser Tage ist für Coblenz, der dem Kaiser geschenkten Herrschaft im Kreise Elbing, die Krankenversicherung durch einen an den Verwalter des Gutes, Landrat Eydorf, gerichteten Erlaß eingeführt. Der am 27. Januar veröffentlichte Erlaß bestimmt:

Um den Angehörigen und Arbeitern meiner Herrschaft Coblenz einen erneuten Beweis meiner Fürsorge und meines Wohlwollens zu geben, habe ich beschlossen, was folgt:

1. Es soll für sämtliche in der Land- und Forstwirtschaft sowie in den industriellen und gewerblichen Unternehmungen der Herrschaft Coblenz beschäftigten Personen eine Betriebskrankenkasse errichtet werden, welche den Mitgliedern in Krankheitsfällen neben freier ärztlicher Behandlung und freier Arznei vom Tage der Erkrankung an die Hälfte des durchschnittlichen Tageslohnes als Krankengeld gewährt. Alle Familienangehörigen der Kassenmitglieder sollen freie ärztliche Behandlung und Arznei, die Frauen auch freie Hebammenhilfe genießen. Beim Tode eines Kassenmitgliedes und eines seiner Familienangehörigen wird ein Sterbegeld gezahlt werden. Ich behalte mir vor, die Kasse mit einem genügenden Reservefonds auszustatten, werde auch von dem Beiträge der Kassenmitglieder, der auf das geringlich niedrigste Maß festzusetzen ist, den dritten Teil selbst übernehmen.

Der ordentliche Tageslohn im Landkreise Elbing beträgt für erwachsene Männer 1,75 M., für Frauen 1 M.

Der kaiserliche Erlaß verfügt weiter:

2. Jeder im Dienst erwerbsunfähig gewordene Arbeiter erhält neben der ihm etwa zustehenden (Alters-, Invaliditäts-, Unfall-) Rente eine Gnadenpension, bestehend in Wohnung und angemessenem Deputat. Für keine Hofdienste, zu denen er fähig ist, erhält er angemessenen Vorlohn; ist er dazu nicht mehr fähig oder reicht das so Verdiente nicht aus, um ihm eine auskömmliche Lebenshaltung zu ermöglichen, so erhält er eine entsprechende Unterstützung. In gleicher Weise soll auf eine ausreichende Versorgung der Witwen und Waisen der Arbeiter Bedacht genommen werden.

3. Das Mobiliar sämtlicher Coblener Arbeiter wird auf meine Kosten gegen Feuer, ihre Räder und Schweine gegen Verlust durch Krankheit oder Feuer versichert.

4. Um den Sparinn zu fördern, bestimme ich: a) Jedes in Coblenz neugeborene Kind erhält 10 M. auf ein bis zur Erreichung des 14. Lebensjahres gesperrtes Sparkassenbuch. Für jedes zweite, dritte usw. Kind wird außerdem an die Eltern eine Spareinlage von 5 M. gewährt. Ferner erhält jedes Kind beim Verlassen der Schule eine bis zum vollendeten 20. Lebensjahre gesperrte Spareinlage von 10 M. b) Bei der Coblener Schule soll eine Schulparafise eingerichtet werden. Auf jede über 3 M. lautende Sparkarte schenke ich die ersten 0,20 M. c) Um den Sparinn auch bei den Erwachsenen zu fördern, will ich nach Einführung des Sparkartensystems auf jede über 15 M. lautende Sparkarte 0,50 schenken und einen Fonds überweisen, welcher alljährlich unter den Sparen als Prämie zur Verlosung gelangt.

5. Ich will meiner Verwaltung der Herrschaft Coblenz alljährlich eine angemessene Summe zur Verfügung stellen, um an Angestellte und Arbeiter für besonders treue Dienste, gute Viehpflege, Sauberkeit und Ordnung im Haushalt und dergleichen Belohnungen zu gewähren, deren Verteilung in der Regel am 22. Oktober, dem Geburtstage Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, meiner erlauchter Gemahlin, stattfinden soll.

Wenn endlich eine reichsgesetzliche Krankensversicherung für alle ländlichen Arbeiter durchgeführt werden? Dem sozialdemokratischen, in dieser Session wiederholten, dahin gerichteten Antrag genügt die Beschränkung auf Coblenz nicht.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

##### In die Tabakarbeiter Berlins und Umgegend.

Im Anschluß an den Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands findet am Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 Uhr, eine große öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter Berlins und Umgegend statt, und zwar in Reifers Parkstraße 29.

Da die Kongreßdelegierten durchgängig anwesend sind, erwarten wir zahlreiche Erscheinungen der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Näheres über Tagesordnung und Referenzen in den Inseraten von heute und morgen. Die Zentralkommission, J. N.: Carl Gutay.

Rühmänner überall. Man schreibt uns: Als sich im vorigen Jahre die Einnehmer (Kassierer) der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ einer Organisation angeschlossen, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, gab die Direktion mit Rücksicht auf ihre Volksversicherung bekannt, sie würde ihren Angestellten in bezug auf Organisation kein Hindernis in den Weg stellen, auch würden Einnehmer infolge mangelhafter Akquisition nicht entlassen werden.

Nachdem nun die Kassierer der Sektion der Einlassierer und Kassenboten des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter begetreten waren, da scheinen die Herren am grünen Tisch ihre Zusicherungen hinsichtlich der Organisationsfreiheit vergessen zu haben. Der Einlassierer, welcher im Betriebe der „Victoria“ als Vertrauensmann der Organisation fungierte, mußte aus dem Betrieb. Der betreffende Kollege erhielt vorige Woche die Kündigung mit der Motivierung: „Da Sie nicht akquisitorisch tätig sein wollen, kündigen wir Ihnen hiermit das bestehende Vertragsverhältnis usw.“ Jedenfalls hat die Direktion die Rechnung ohne die zielbewusste Arbeiterkraft gemacht.

Arbeiter Berlins! Parteigenossen! Verlangt von Euren „Victoria“-Kassierer feils das Mitgliedsbuch, schließt Versicherungen aller Art nur mit organisierten Kollegen ab. Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Eine Verwechslung. Unter Bezugnahme auf unseren Artikel in Nr. 21, überschrieben: „Ein christlich-katholischer Streikbrecherverein in Berlin“, rücht Herr Sievers, Senior des katholischen Gesellenvereins, ein Schreiben an uns, in dem er ausführt, daß sich die in dem genannten Artikel angeführten Tatsachen nicht auf den katholischen Gesellenverein beziehen können, denn dieser habe keinen eigenen Arbeitsnachweis, seine Mitglieder seien fast durchweg in christlichen Gewerkschaften organisiert, der Verein habe keine seiner Mitglieder aus anderen Betrieben herausgenommen, um sie bei der Firma Drechsler unterzubringen, auch habe der Verein zu jener Versammlung der Treppengeländerarbeiter, in der die erwähnten Angelegenheiten besprochen wurden, keine Einladung erhalten.

Aus Anlaß dieses Schreibens haben wir festgestellt, daß unserem Gewährsmann ein bedauerlicher, aber erklärlicher Irrtum unterlaufen ist. Er hat den katholischen Gesellenverein mit dem katholischen Arbeiterverein verwechselt. Die Verwechslung der beiden Vereine wird dadurch erklärt, daß bei den ersten Differenzen im Drechslerischen Betriebe sieben Mitglieder des katholischen Gesellenvereins, die dort beschäftigt waren, sich nicht an der Arbeitsindeferlegung beteiligten. Bei den späteren Konflikten kam jedoch nicht der Gesellenverein, sondern der Arbeiterverein in Frage. Auf diesen beziehen sich die Tatsachen, welche irrtümlich in bezug auf den Gesellenverein angegeben worden sind.

Zur besseren Orientierung wollen wir noch bemerken, daß die Bestrebungen der katholischen Gesellenvereine denen der evangelischen Jünglingsvereine ungefähr gleichartig sind. Die katholischen Arbeitervereine dagegen hängen sich ein gewerkschaftliches Mäntelchen um, unter dem in der Hauptsache kirchliche Interessen gefördert werden. Es sind diejenigen Organisationen, welche, auf dem bekannten Fuldaer Hirtenkreise stehend, unter Führung der Herren Sabigny, Journelle usw. als „Berliner Richtung“ in einem gewissen Gegensatz zur „W. Gladbach-Richtung“ der christlichen Gewerkschaften stehen. Durch das Ver-

halten in der Drechslerischen Angelegenheit hat die „Berliner Richtung“ zur Genüge bewiesen, was man von ihrer „gewerkschaftlichen“ Tätigkeit zu halten hat.

Die Hiesigen Sektion des Maurerverbandes beschloß in ihrer gestrigen Versammlung, am heutigen Dienstag den Unternehmern einen neuen Tarifvertragsentwurf mit folgenden Hauptforderungen zu unterbreiten:

Der Stundenlohn beträgt 82½ Pf. Mindestlohn bei neunstündiger Arbeitszeit. Für Leute, welche noch nicht im Hiesigenberuf beschäftigt waren, bleibt der Lohn in den ersten drei Monaten der freien Vereinbarung überlassen; jedoch darf er nicht weniger als der jeweilige Maurerlohn betragen. Bei Arbeiten, welche außerhalb des Vorortbereiches auszuführen sind, wird außer den Entschädigungen unter 4 ein Betrag von 3 M. pro Tag gezahlt, falls Kost und Logis gewährt wird, verringert sich der Zuschlag von 3 M. pro Tag auf 1 M. Nebenstunden und Sonntagsarbeit sind zu vermeiden. So lange sich nachweisen läßt, daß Hiesigenarbeiter arbeitslos sind, dürfen weder Nebenstunden noch Sonntagsarbeit verrichtet werden. Bei hieraus entstehenden Streiktagen entscheidet die unter § 9 näher bezeichnete Kommission. Wenn Nebenstunden gemacht werden müssen, so ist für dieselben von 6 bis 9 Uhr abends ein Zuschlag von 25 Prozent zu zahlen. Nachtarbeiten von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens sowie Sonntagsarbeiten sind mit 100 Prozent Zuschlag zu bezahlen. Akkord wird nicht gearbeitet. Der Vertrag soll vom 1. Februar bis zum 1. Oktober 1908 Gültigkeit haben.

Belanständig läuft der zwischen den Unternehmern und der Hiesigen Sektion des Maurerverbandes abgehandelte bisherige Tarifvertrag ab. Dem erst vor einigen Monaten zustande gekommenen Tarifvertrag der Hiesigen „Vereinigung“ hat sich die Verbandssektion wegen der darin enthaltenen Mängel nicht anzuschließen vermocht, deshalb las jegliche selbständige Vorgehen. Die Antwort der Unternehmer an die einzelnen Sektionsdeputierten wird bis Mittwochabend erwartet.

#### Deutsches Reich.

Kohlenarbeiterstreik. Aus Hamburg wird gemeldet: Wegen Lohnendifferenzen haben die Kohlenafford-Schauerleute die Arbeit auf den zwischen Hull, Wools, Grimsby, West-Canterpool und Hamburg wöchentlich mit Städtgütern und Kohlen verkehrenden Dampfern niedergelegt.

Die freitenden Zeugbruder in Krefeld haben einen vollständigen Sieg davongetragen, bis längstens Mittwoch dieser Woche wird die Arbeit aufgenommen. Vorläufig haben die Textilfabrikanten ihre Aussperrungsgelüste zügeln müssen.

Verbotene Gewerkschaftsversammlung. Die Nervosität, welche die preussische Polizei aus Anlaß unserer Wahlrechtsbewegung befallen hat, ist auch nach Westfalen übergeflogen und äußert sich daselbst sogar gegenüber der Gewerkschaftsbewegung. Wie uns aus Kassel geschrieben wird, sollte am Sonnabend, den 27. d. Mts., in Lübb 1 M. eine Gewerkschaftsversammlung abgehalten werden mit dem Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Gegner“. Die Versammlung ist jedoch unter Hinweis auf ein Gesetz zur Heiligung des Sonntages im voraus verboten worden. Eine große Fier, welche der Arbeiterverein an demselben Abend abhielt, wurde nicht als Störung der Sonntagsruhe erachtet. Bisher konnten in Westfalen selbst an Sonntagen gewerkschaftliche Versammlungen abgehalten werden. Doch seit dem 21. Januar weht ein anderer Wind.

#### Rusland.

In Genua befinden sich seit vier Tagen die Bediensteten der elektrischen Straßenbahn im Streik.

### Haus der Frauenbewegung.

Reinickendorf. O. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen hielt am 23. Januar seine regelmäßige Versammlung ab. Herr Henschel-Berlin hielt einen Vortrag über „Die Frau der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Es folgte eine rege Diskussion. Zum Schluß wurde auf die Heimarbeit-Ausstellung hingewiesen. In der nächsten Vereinsversammlung spricht Fräulein Dr. Wogodjinski über „Frauenkrankheiten“.

Charlottenburg. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am 24. Januar im Goldschmied, Rosinenstraße 3, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Die Referentin, Fräulein Regina Kraus, hielt einen Vortrag über „Heinrich Heine“. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Einem geäußerten Wunsch, einige Gedichte Heines vorzulesen, kam die Vortragende gern nach. Die Versammlung war sehr gut besucht. Zu Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, die Heimarbeit-Ausstellung gemeinsam zu besuchen. Der Tag wird nach an dieser Stelle bekannt gegeben. Ueber 18 Jahre alte Familienmitglieder können eingeführt werden. Nicht zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Aufgenommen wurden 7 Mitglieder. Die nächste Versammlung findet am 21. Februar statt.

Zur Abschaffung der reglementierten Prostitution in Dänemark. Seit dem achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts macht sich in Dänemark ein immer stärker werdendes Bestreben nach Beseitigung der reglementierten Prostitution geltend. Das führte endlich im vorigen Jahre dazu, daß der Justizminister dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegte, in dessen erstem Paragraphen die gewerksmäßige Lizenz für ungesetzlich erklärt, und bestimmt wird, daß alle Reglementierung dieses Gewerbes abgelehnt werden soll. Der Entwurf hat aber dann den schweren Fehler, daß er die Prostituierten der Gefahr aussetzt, nach dem Landstreichergesetz, das aus dem Jahre 1860 stammt, bestraft zu werden. Dadurch würde auch eine Art Polizeiaufsicht, wenn auch keine sanitäre, wieder eingeführt; denn jenes ziemlich barbarische Gesetz bestimmt auch, daß die Polizei Personen, die nicht hinreichend nachzuweisen vermögen, wie sie ihren Lebensunterhalt erwerben, zwingen kann, sich in bestimmten Zeiträumen zu melden, um der Polizei Aufklärung darüber zu geben. Am 26. Januar hat sich nun das Landsticht mit diesem Entwurf befaßt. Hier äbte der einzige Sozialdemokrat dieses Oberhauses des dänischen Reichstags, Genosse C. C. Andersen, eine scharfe Kritik an jener gefährlichen Bestimmung, wie überhaupt an dem brutalen, veralteten Landstreichergesetz, das die Regierung nun auf die Prostituierten ausdehnen möchte. Seine Ausführungen hatten den Erfolg, daß der Präsident des Landstichtes schließlich erklärte, er wolle die zweite Lesung des Entwurfs nicht auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen, um dem parlamentarischen Ausschuss Gelegenheit zu geben, über eine andere Fassung jenes Paragraphen zu beraten.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

In den Armen liegen sich beide . . .

Konst., 20. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Bei den Stadtwahlen in Turin siegte die liberale Koalition. Die Sozialdemokraten eroberten nur die 16 Sitze der Minorität. Bei einer starken Wahlbeteiligung stimmten die Priester und Mönche für die liberal-freimaurerische Liste.

#### Großfeuer.

Gummersbach, 20. Januar. (B. T. N.) Die dem Landtagsabgeordneten Krauwinkel gehörige Baumwollspinnerei in Wollmerhausen steht seit heute nachmittag in Flammen. Den zahlreichen Feuerwehren ist es bisher nicht gelungen, das Feuer, das, wie vermutet wird, durch Selbstentzündung der Baumwolle entstanden ist, Herr zu werden.

#### Arbeiterausstand.

Himm, 20. Januar. (B. T. N.) Sämtliche Arbeiter der hiesigen Torpedofabrik sind wegen großer Strenge des Fabrikleiters in den Ausstand getreten.

Reichstag.

80. Sitzung vom Montag, den 29. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky. Der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung mehrerer Reichstagswahlkreise wird in zweiter Lesung ohne Beratung angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung der Novelle zum Gesetz über den Unterhaltungswohnsitz.

Abg. Herzfeld (Soz.):

Der Gesetzentwurf hat einen Vorzug, nämlich den Vorzug der Offenheit. Ohne jede Verschönerung erstreckt die Novelle die Entlastung der Großgrundbesitzer, wie das ja auch der Herr Staatssekretär in der letzten Lesung besagt hat. Es ist kennzeichnend für die politische Situation, daß — nachdem eben die neuen Steuererlasse vorgelegt sind, welche die neuen Lasten der Weltpolitik in der Hauptsache auf die Schultern der Industrie und der Arbeiter legen und welche zweifellos tausende neuer Unterhaltungsbedürftiger schaffen werden — nun diese Novelle kommt, welche eigentlich keine Novelle zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen, sondern zur Unterstützung der Grundbesitzer ist. (Heiterkeit.)

Die Zahl der zu Unterhaltenden hängt in erster Linie nicht von dem Gegensatz von Stadt und Land ab, sondern von der wirtschaftlichen Konjunktur. In Zeiten der wirtschaftlichen Krisis wächst die Zahl der zu Unterhaltenden, während sie bei besserer Konjunktur wieder abnimmt. Je stärker die Arbeiterorganisation ist, desto geringer ist die Zahl der zu Unterhaltenden, und je schwächer die Organisation ist, um so größer ist die Zahl der Hilfsbedürftigen.

Ich kann aus den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht den Schluss ziehen, daß die Zahl der Armen auf dem Lande dadurch vermindert wird. Die Folge wird nur sein, daß die Güter der Landwirte nicht mehr zu unterstützen haben, sondern die großen Gemeinden.

Es wird über die Leutenot auf dem Lande gellagt. Diese Leutenot besteht gar nicht. In Mecklenburg kam ein russischer Schnitter mit dem Gutbesitzer in Konflikt, er legte die Arbeit nieder, und mit ihm gingen die übrigen russischen Arbeiter fort. Der Gutbesitzer hatte am dritten Tage mecklenburgische Arbeiter, und es verknagte nun den Schnitter auf Zahlung der Differenz zwischen dem Lohn, den er erst gezahlt hatte und den er nun zahlen mußte; die mecklenburgischen Arbeiter forderten natürlich noch einmal so viel als die russischen Leute. Arbeiter sind also genug vorhanden, man muß ihnen nur menschenwürdigen Lohn geben.

Daß aber diese Bestimmung irgendwie dazu beitragen würde, bessere Armenunterstützung zu bringen, davon kann keine Rede sein. Wir sind der Meinung, daß im modernen Staat für die Armenunterstützung der Staat selbst aufzukommen hat, daß diese Lasten durch Steuern gleichmäßig über den ganzen Staat erhoben werden müssen nach den Grundsätzen des fortschreitenden Vermögens und Einkommens.

wir auch, daß die Arbeiterschaft in genügender Zahl zur Armenpflege zuzuziehen ist und zwar gegen Entschädigung. Bei diesen Grundsätzen, deren Durchführung im heutigen Staate ganz unmöglich wäre, wozu es erst einer Demokratisierung des Staates bedürfte, würden zweifellos die Landgemeinden ganz anders entlastet werden, als sie heute belastet sind. Bei diesen Grundsätzen würde die Armenunterstützung ausgiebiger, humaner, besser sein, es würde vor allem das Abziehen, welches heute die Gehälter der Hilfsbedürftigen ist, wegfallen, weil niemand mehr ein Interesse an dem Abziehen hätte, es würden die Prozesse, die die Gemeinden so belästigen, und die dann überflüssigen Transporte wegfallen, und die enormen Ausgaben für diese Zwecke würden den Hilfsbedürftigen zu gute kommen.

Für uns handelt es sich darum: Wie können wir bei dieser Gelegenheit die Forderungen, die wir haben, nach Möglichkeit verwirklichen? Wir werden versuchen, das in der Kommission zu tun. Nichts entgegenstehen würde der Forderung, die Ortsverbände zu vergrößern. Herr Trimborn hat das bereits für das Zentrum gefordert. Die Schaffung größerer Verbände würde alle Ungleichheiten beseitigen. Natürlich würden dann alle selbständigen Gutsbezirke als besondere Unterhaltungswohnsitze verschwinden. Man hat diese ganze Materie bis jetzt der Landesgesetzgebung überlassen, natürlich wieder mit Rücksicht auf die Macht der preussischen Junker. Was diese Ueberlassung an die Einzelregierungen bedeutet, dafür will ich Ihnen ein Beispiel aus den letzten Tagen geben, und zwar aus meinem eigenen Vaterlande: Die Witwe eines Arbeiters, der 40 Jahre auf einem Gut gearbeitet hat, erhielt bei völliger Arbeitslosigkeit 60 M. pro Jahr Armenunterstützung. Das sind 18 Pf. täglich. (Hört! hört! links.) Ich will Ihnen auch den Namen des Besitzers jenes Gutes nennen: Es ist der regierende Fürst Georg von Schaumburg-Lippe. (Hört! hört! links.) Das sollte das Reich veranlassen, sich um die Ausbildung des Armenrechts durch die Einzelstaaten zu kümmern. Es kommt vor, daß Leute statt in das Armenhaus gebracht zu werden, einfach in das Arbeitshaus gesteckt werden. Wir möchten vor allem auch eine Abschaffung des Abziehens der Armen von einem Orte nach dem anderen. Es ist dieses Abziehen ja völlig unnütz. Der Unterhaltungsbedürftige sollte seine Unterstüttung von dem Orte, in dem er sich gerade aufhält, bekommen, und dieser Ort könnte dann seine Ausgaben vom Unterhaltungswohnsitz einziehen. Das ist durchaus möglich, und deshalb sind wir für Beseitigung des § 4 des Freizügigkeitsgesetzes. Ebenso unnütz ist der § 5 des Freizügigkeitsgesetzes, welcher Leute abzuschicken erlaubt, die unterhaltungsbedürftig geworden sind, bevor sie einen Unterhaltungswohnsitz erworben haben. Vielfach sind Unterhaltungsbedürftige an dem Orte, an dem sie wohnen, noch teilweise erwerbsfähig. Reicht man sie aber aus dieser Tätigkeit heraus und schiebt sie nach ihrem Unterhaltungswohnsitz, so macht man sie unter Umständen ganz erwerbsunfähig und drückt sie noch auf eine tiefere Stufe des sozialen Lebens herab. Besonders tabuladwert ist das Abziehen der Unterhaltungsbedürftigen von einem Bundesstaat in den andern. Schließlich aber komme ich zu der Barbarei, welche das Deutsche Reich gegenüber ausländischen Unterhaltungsbedürftigen in Anwendung bringt. Wie vor 500 Jahren werden Leute aus Deutschland ausgewiesen, nur weil sie unterhaltungsbedürftig geworden sind. Wir werden unter Möglichstem tun, diese Bestimmung zu beseitigen. Aber auch der Regierung sollte etwas daran liegen, weil sie noch Beseitigung dieses Paragraphen ihre Verträge mit ausländischen Staaten zweifellos leichter wird abschließen können. Natürlich dürfen wir keine Unterhaltungsbedürftigen aus dem Lande zuziehen lassen. Wenn aber jemand in Deutschland lange gelebt und gearbeitet hat und nun unterhaltungsbedürftig wird, so sollte ihn das Reich nicht ausweisen; denn es sollte hier doch wenigstens jener Grundsatz in Anwendung kommen, nach dem derjenige Ort unterhaltungsbedürftig wird, dem der Bedürftige seine Arbeitskraft gewidmet hat. Schließlich muß auch die Bestimmung fallen, daß der Unterhaltungsbedürftige politisch entrechtet wird. Diese Bestimmung mag in einer Zeit Sinn gehabt haben, in der jeder, der arbeiten wollte, auch Arbeit fand. Heute ist es anders. Leider ist aber durch Beschluß des Oberverwaltungsgerichts in Preußen festgesetzt worden, daß auch unbezahlte Forderungen öffentlicher Krankenhäuser als öffentliche Armenunterstützung zu betrachten seien. Mit allen solchen Polizeistrafen sollte man endlich aufhören. Ferner verlangen wir eine Kompetenzerweiterung des Bundesamtes für Heimatswesen. Auch die Einheitlichkeit des Armenwesens in Deutschland ist jetzt noch nicht durchgesetzt; denn noch ist das Unterhaltungswohnsitzgesetz nicht in Elsaß-Lothringen eingeführt, so daß Wadensberg, Pörschen, Pfälzer, die in Elsaß-Lothringen unterhaltungsbedürftig geworden sind, auch wenn sie jahrelang dort gelebt haben, abgeschoben werden können. Schon vor 13 Jahren erklärte die Regierung, es sprächen keine Gründe gegen Einbeziehung Elsaß-Lothringens in das Reichsarmenwesen. Aber noch heute hören wir kein Wort davon, daß diese Einbeziehung endlich Tatsache werden soll. Auch das alte Heimatsrecht in Bayern entspricht nicht mehr den heutigen Zeiten. Freilich kann der Reichstag Bayern ja nicht zwingen, es zu beseitigen, aber der bayerische Bevollmächtigte, den ich leider heute nicht an seinem Platze sehe, sollte uns endlich eine Versicherung in dieser Richtung geben. Nichts von allem, was ich verlangt habe, ist eine spezifisch sozialdemokratische Forderung. Alle unsere Wünsche können auch ein soziales Königtum erfüllen. Wir hoffen auf gründliche Umgestaltung des Gesetzes in der Kommission und werden vom Ausfall der Kommissionsberatungen unsere endgültige Stellungnahme abhängig machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schärer (l.): Das Blutbad vom 21. Januar hätte, wenn es sich ereignet hätte, doch nur dem Vordredner und seiner Partei zur Last fallen können. (Widerpruch und lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Armenpflege hat im letzten Jahrzehnt auch auf dem Lande große Fortschritte gemacht. Nur der Mangel an Mitteln hindert die weiteren Bauten von Kranken- und Armenhäusern. Nicht die Bauern sind es, die reich werden und dann nach Berlin als Rentiers gehen. Gutbesitzer und Bauern können sich meist selbst nur mühsam an der Scholle halten. Wegen der Leutenot, die daraus resultierende Unterhaltungsbedürftigkeit und die Beschäftigung ausländischer Arbeiter könnte zwar nicht das allgemeine Wahlrecht in Preußen, wohl aber die Sozialdemokratie selbst helfen, wenn sie auf die systematische Verbeugung der Landarbeiter gegen ihre Arbeitgeber verzichtet (Lachen bei den Sozialdemokraten) und die Landwirtschaft kräftiger und konkurrenzfähiger machen hilft. Die wahren Gründe der Abwanderung geben die Ursache einer Familie, die aus Ostpreußen nach Westfalen abwanderte: kurze Arbeitszeit, angenehme Arbeit und hohe Löhne, die die Landwirtschaft nicht zahlen konnte. Auf dem Lande müsse man sich zu Tode arbeiten (Hört! hört! links.), in Westfalen denke man nur immer, wenn man sich morgens im Bett noch einmal herumdrehen: Wie dumm, daß du nicht ein paar Jahre früher ausgewandert bist! — Der Abg. Rommelen hat seine Kritik des Gesetzentwurfes wieder auf den Ton gestimmt: Wie wird das arme Berlin gerettet und geschützt! Und nicht einmal die reichen westlichen Vororte gönnt man ihm! Ja, ja, egoistisch sind immer nur die Agrarier, städtische Verwaltungen — nie. (Sehr gut! rechts.) In der Stadt wachsen die Kapitalien, auf dem Lande — nur die Hypotheken. (Große Heiterkeit rechts.) 500 Prozent Kreisabgaben, 300 Prozent Kommunalsteuern sind in den kleinen Gemeinden nichts Seltenes. Die Verhaftung des Armenwesens würde nur das Simulacrum großmachen. Durch die Herabsetzung des Alters für selbständigen Erwerb und Verlust des Unterhaltungswohnsitzes soll die Familie zerrissen werden. Dann verbieten Sie doch vor einem gewissen Alter die Abwanderung vom Lande, befördern Sie die Freizügigkeit! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber, wenn Sie das nicht wollen — und auch ich will es nicht (Zronisches Hört! hört! rechts) — so ziehen Sie die Konsequenz dieses Gesetzentwurfes! Es fragt sich überhaupt, ob es nicht besser ist, dem Ort der Arbeitsstätte in erster Linie die Unterhaltungsspflicht aufzuerlegen. Der

Abg. Rommelen hat den Gedanken, leistungsfähige, größere Armenverbände zu bilden, leider nicht weiter ausgeführt. Ich verspreche mir davon keinen Erfolg; denn zwei leistungsunfähige Verbände ergeben nicht einen leistungsfähigen.

Abg. Gamp (Sp.):

Ich hoffe, daß wir bald ein Witwen- und Waisenfürsorgegesetz verabschieden und eine obligatorische Krankenversicherung durchführen. Dabei wird natürlich der Staat zuziehen müssen. Ueber die Krankenversicherung auf dem Lande hätten Sie, Herr Kollege Herzfeld, lieber nicht sprechen sollen; davon berufen Sie ja doch nichts. Bei uns im Pomern sind die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande so gut, daß dort beinahe das Ideal des Zukunftsstaates durchgeführt ist. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Sie haben ja keine Ahnung davon! Der Vorschlag, der Arbeitsgemeinde die Unterhaltungsspflicht aufzuerlegen, ist nicht durchführbar und auch nicht zweckmäßig. Sehr gut ist die Herabsetzung des Alters, dagegen ist die Verminderung der Aufenthaltzeit von zwei auf ein Jahr ein sehr zweifelhafte Schwere. Sehr logisch wäre es, eine Bestimmung aufzunehmen, nach der Personen über 60 Jahre keinen Unterhaltungswohnsitz begründen können.

Abg. Wolff (Wirtsch. Ver.): Wir halten die Herabsetzung der Altersgrenze vom 18. auf das 16. Lebensjahr für die Erwerbung des Unterhaltungswohnsitzes für zweckmäßig, sind aber auch mit dem Abg. Gamp der Meinung, daß die Verkürzung der Frist für den Erwerb des Unterhaltungswohnsitzes von zwei Jahren auf ein Jahr ein zweifelhafte Schwere ist. Wenn man sieht, wie eine Unschuld vom Lande fortgeht und nachher in einem Zustande wieder heimkehrt, daß die Gemeinde für Mutter und Kind zu sorgen hat, dann möchte man beinahe empfehlen, die Frist für den Verlust und den Wiedererwerb des Unterhaltungswohnsitzes auf drei Monate herabzusetzen. Die Rede des Staatssekretärs v. Posadowsky hat einen guten Eindruck gemacht; Sie hätte aber einen besseren Eindruck gemacht, wenn er nicht die Rede über den Befähigungsnachweis gehalten hätte. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Blah (fr. Sp.) erklärt sich im Namen seiner politischen Freunde mit allen Ausführungen des Abg. Rommelen einverstanden. Die Ausdehnung der Unterhaltungen, gegen die der Abg. Gamp polemisiert hat, ist doch lediglich die Konsequenz des früheren Gesetzes, zum Beispiel in der Frage der Unterstüttung der Schwangeren. — Daß eine Landflucht in einem gewissen Sinne besteht, ist nicht zu leugnen. Man sollte aber nach den Ursachen forschen, statt an ihren Folgen herumkurieren zu wollen. Wenn wir von einer „agrarischen Kolonie“ hören, werden wir stäubig; denn wir wissen, daß die Agrarier es nur zu gut verstehen, die Kosten von sich abzuwälzen und die Vorteile sich zuzuwenden. Wenn man vor 12 Jahren die Selbständigkeit erst mit dem Lebensalter von 18 Jahren angenommen hat, so sollte man das jetzt auch festhalten. Auch wir halten die Zusammenlegung der Unterhaltungswohnsitze zu größeren Verbänden für das beste Mittel, um einzelne Ungerechtigkeiten in den bestehenden Zuständen zu beseitigen. (Beifall bei den Freimünnigen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich halte es nicht für zulässig, lediglich von agrarischen Interessen und von denen des platten Landes zu sprechen. Auch die kleinen Städte leiden vielfach infolge der durchaus ungünstigen Verteilung der Steuer- und Armenlasten. Sowie aber die Industrie berechtigter Forderungen gegenüber der Staatsregierung hat, haben auch die Agrarier berechnete Forderungen, und da die Landwirtschaft doch immer einen sehr erheblichen Teil der Bevölkerung beschäftigt, so kann man jene Forderungen nicht als unberechtigt hinstellen. Es ist auf die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen hingewiesen worden. In der früheren Zeit, wo das Land mehr vom Verleiche abgeschlossen war und weniger Kommunikationsmittel vorhanden waren, mochte die bestehende Armenpflege ausreichen. Aber nach der deutschen Okkupation haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert, und ich würde es für das richtige halten, das Reichsrecht in dieser Beziehung auf Elsaß-Lothringen zu übertragen. Das bayerische Heimatswesen ist dagegen ein Reservatrecht, über das ich nicht sprechen kann. (Heiterkeit links.) In den traurigsten Verhältnissen in unserem Vaterlande gehört das System der Abziehung der Armen von einer Gemeinde in die andere, wie sie uns der ausgezeichnete Sachkenner Meyer von Arnswalde geschildert hat. Dieses System erzeugt geradezu Vagabunden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte dringend, daß man in den Einzelstaaten die Gesetzgebung dahin abändert, daß der Staat zwangsweise Gesamtarmenverbände einführen kann. Es gibt nun aber unzweifelhaft Leute, die auf Armenfrage studieren, wie es Rentenempfänger gibt, die auf Rentenangelegenheiten studieren. Schaffen wir also nicht eine Stelle, die den Armen noch nahe genug ist, um sie kontrollieren zu können, so würden die finanziellen Kosten ins Unerendliche steigen. Man hat mir auch vorgeworfen, daß ich zu diesem Gesetz hier eine agrarische Rede gehalten habe, weil ich betont habe, wie wichtig es ist, für das platte Land zu sorgen, das an finanzieller Hinsicht und Entvölkerung durch die Abwanderung der Arbeiter leidet. Ich kann für meine Auffassung einen Zeugen anführen, den auch der Redner der sozialdemokratischen Partei wohl anerkennen wird: den Arbeiterführer John Wurns, jetzt Mitglied der englischen Regierung, der jüngst erklärt hat, er wolle kleinere Städte und größere Dörfer. (Sehr gut! rechts.) Das ist ganz der Standpunkt, welchen ich in meiner letzten Rede vertreten habe. — Der Vordredner hat auch einen Fall erzählt, in dem angeblich eine unterhaltungsbedürftige Frau auf der Besichtigung eines deutschen Fürsten 18 Pf. täglich erhielt. Ich werde mir angelegen sein lassen, die tatsächlichen Umstände dieses Falles festzustellen, vor allem, ob die Frau nicht neben der baren Unterstüttung freie Wohnung oder Naturalien erhalten hat. Erst wenn alle Formen der Unterstüttung, freies Land, freie Wohnung, freie Naturalien zusammen gerechnet werden, ergibt sich ein Bild von den wirklichen Leistungen. — Es ist ferner darüber Beschwerde geführt worden, daß wir die Ausländer ausweisen, wenn sie unterhaltungsbedürftig werden. Ist es möglich, einen anderen Weg zu gehen? Gibt es nicht Länder mit niedrigerer Kultur, wo eine Armenpflege in unserem Sinne und eine sozialpolitische Gesetzgebung gar nicht besteht? Würde nicht das Deutsche Reich der ungeheuren Gefahr ausgesetzt sein, der Sammelort für alle zweifelhafte Elemente von ganz Europa zu werden, wenn wir die bedürftigen Ausländer nicht mehr ausweisen könnten? (Sehr wahr! rechts.) Hat nicht das englische Parlament, weil insbesondere London von allen Hilfsbedürftigen und Verbrecherfamilien Menschen aus aller Welt als eine Art Freilicht angesehen wurde, eine strenge Fremdenbill angenommen? Das freie Amerika weist in schärfster Kontrolle der Einwanderer fortgesetzt jede Woche Leute zurück, weil sie entweder an ansteckenden Krankheiten leiden oder arbeitsunfähig sind oder vorbestraft. Der Vorschlag, Personen über 50 oder 60 Jahre keinen eigentlichen Unterhaltungswohnsitz mehr erwerben zu lassen, ist praktisch schwer realisierbar. Sollen denn diese alten Leute dauernd der Gemeinde des letzten Unterhaltungswohnsitzes oder der allgemeinen Armenlandespflege zur Last fallen? Ich halte es für durchaus berechtigt, daß jeder da, wo er die nötige Zeit gewohnt hat, unter allen Umständen auch Anspruch auf Unterstüttung erwirbt. Ich bitte Sie, möglichst bald in die Einzelberatung der Vorlage einzutreten und die weiteren Ausführungen in der Kommission abzuwarten. (Dravo! rechts und in der Mitt.)

Abg. Schärer (fr. Sp.): Daß es sich hier um nichts anderes handelt als um ein neues Sonderrecht für die Landwirtschaft, ist erfreulicherweise festgestellt. (Sehr richtig! links.)

Wenn man die Leute auf dem Lande festhalten will, so soll man in erster Linie die Freude an der Landwirtschaft steigern.

Ich fürchte, je kürzer die Frist für die Erwerbung des Unterstützungsbuchs ist, desto häufiger, nicht desto seltener, werden die genannten Abschlüsse von Ort zu Ort werden.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Schickert (L.) schließt die Debatte.

Persönlich polemisiert Abg. Herzfeld (Soz.) mit wenigen Worten gegen den Abg. Gann.

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) wird die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Hilfsklassen. Unter Aufhebung des Gesetzes über die „eingeschriebenen Hilfsklassen“ von 1876 sollen die Hilfsklassen dem Gesetz über das private Versicherungswesen unterstellt werden.

Abg. Giesberts (Z.): Die Vorlage richtet sich nach der Begründung gegen die sogenannten Schwindelklassen, und sie will die soliden Klassen auf eine gesunde finanzielle Basis stellen. Der zur Erreichung des Zieles eingeschlagene Weg erscheint uns aber außerordentlich bedenklich und in der vorgeschlagenen Form überhaupt nicht akzeptabel. Die freien Hilfsklassen empfinden die Vorlage als ein Ausnahmefähigkeit, als einen Schlag, der gegen ihre Selbstverwaltung geführt wird. Der Kongress der Hilfsklassen, der kürzlich stattgefunden hat, erklärt sich mit der Verlagerung der Schwindelklassen einverstanden, er betont aber auch, daß die übrigen Hilfsklassen ihre Tätigkeit einwandfrei ausgeübt haben. In einer Resolution hat der Kongress sich dahin ausgesprochen, daß die Stellung der Hilfsklassen unter das Privatversicherungsrecht sich als Präjudizium zur künftigen Verwirklichung der Selbstverwaltung darstelle. Die Arbeiter fragen sich mit Recht: Warum verjagt man nicht erst eine Reform des Hilfsklassengesetzes selbst? Die Hilfsklassen werden gern die Hand dazu bieten, Maßregeln gegen die Schwindelklassen zu beschließen. Man hätte ruhig warten können bis zur Reform des Krankenversicherungsgesetzes. Dabei stehen sich sehr gut Aufsichtsinstanzen schaffen, welche Schwindelklassen unmöglich machen. Solche historisch gewordenen Gebilde sollte man nicht ohne weiteres wegklotzieren. Meine Freunde sind für eine einfache Beseitigung der Hilfsklassen nicht zu haben. Wir beantragen die Einsetzung einer Kommission von 14 Mitgliedern und werden versuchen, in dieser bessere Maßregeln gegen die Schwindelklassen zu finden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Lesche (Soz.):

Die Vorlage hat in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Ueberraschung hervorgerufen. Graf Posadowsky hat wohl im vorigen Jahre auf die Abicht der Regierung hingewiesen, die freien Hilfsklassen dem Privatversicherungsrecht zu unterstellen. Daß das aber in der vorgeschlagenen Form geschehen würde, daran hat wohl niemand gedacht. Wir sind hier gewiß allgemein der Meinung, daß es eine ganze Reihe wichtiger sozialpolitischer Maßnahmen gibt, die durchzuführen notwendiger wäre als die, die hier vorgeschlagen werden. Wir haben stets eine Reform der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung verlangt, wir sind für eine Ausdehnung der Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Heimarbeiter, der Hausgewerbetreibenden eingetreten, ebenso für eine Verkürzung der Karenzzeit. Auf all' dieses warten wir aber ebenso vergebens wie auf die Vereinfachung der Arbeiterversicherung. Statt dessen erhalten wir diese Vorlage, die sich nicht als ein Schutzesgesetz darstellt, sondern als ein Gesetz, durch das den freien Hilfsklassen der Lebensfaden unterbunden wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Schwindelklassen sind gerade von den Redakteuren der Arbeiterpresse und von den Gewerkschaftssekretären stets entschieden bekämpft worden. Die sozialdemokratische Presse hat dabei leider nicht die geringste Unterstützung gefunden, man hat im Gegenteil die Staatsanwälte gegen sie mobil gemacht, und es wurden Redakteure verurteilt, die gegen Schwindelklassen geschrieben hatten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage nimmt eine Kur a la Dr. Eisenbart vor, indem sie den Hilfsklassen den Lebensfaden abknipft. Selbst die „Hamburger Nachrichten“, denen man doch eine besondere Arbeiterfreundlichkeit gewiß nicht nachsagen kann, bezeichnen die Vorlage als geeignet zur Beseitigung der freien Hilfsklassen; sie schreiben ausdrücklich: Wenn die Regierung nicht noch den Wünschen der Hilfsklassen entgegenkomme, so sei das Schicksal dieser Klassen besiegelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Begründung der Vorlage erkennt selbst an, daß die Hilfsklassen eine einwandfreie Tätigkeit entfalten haben. Aus welchem Grunde will man ihnen denn den Garau machen? Die Hilfsklassen sind absolut notwendig, weil die Leistungen der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung so niedrig sind, daß die Arbeiter sich doppelt versichern müssen. Dazu kommt, daß in die Hilfsklassen viele hineingehen, die nicht versicherungspflichtig sind. Das neue Gesetz bietet nicht einmal genügend Handhaben gegen die Schwindelklassen; denn da in diesem ein Widerstand der Mitglieder nicht zu erwarten ist, werden sie sich den Bedingungen

des Aufsichtsamtes für Privatversicherung leicht anpassen und im übrigen werden alle Mißstände bestehen bleiben.

Auf der anderen Seite nimmt das Gesetz nicht die mindeste Rücksicht auf die soliden Hilfsklassen. Sie unterstellt sie dem Gesetz über den Versicherungsvertrag, das wohl für die Erwerbsklassen paßt, nicht aber für die eingeschriebenen Hilfsklassen, die mehr den Charakter einer Genossenschaft tragen. Dadurch werden die Hilfsklassen gezwungen sein, alle Angelegenheiten im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen, auch wenn ihn kein einziger Versicherter in die Finger bekommt. Ferner auf Verlangen jedes Mitglied durch eingeschriebenen Brief zur Generalversammlung einzuladen, was alles eine ungeheure Erhöhung der Verwaltungskosten bedeutet. Dazu kann das Aufsichtsamt ihnen Vorschriften über die Art der Buchführung und die Beschaffung statistischen Materials machen. Zu beachten sind ferner die an sich ja nicht sehr hohen Revisionskosten, vielmehr aber noch die geforderten versicherungstechnischen Gutachten, die vielfach tausend und mehr Mark kosten. Ihren Gerichtsstand werden die Klassen nicht mehr an ihrem Sitz haben, sondern je einen in den einzelnen Bundesstaaten, wodurch sie 20 örtliche Bevollmächtigte und Anwälte zu unterhalten gezwungen sein werden. Bisher hatten die Hilfsklassen örtliche Verwaltungsstellen mit ehrenamtlicher Tätigkeit der Beamten. Alle diese Einrichtungen werden bei der Unterstellung unter das Privatversicherungsrecht nicht berücksichtigt. Dafür habe ich weiter keine Erklärung als die, daß man den Hilfsklassen den Garau machen möchte. Bisher konnten sich die Hilfsklassen zu Verbänden zusammenschließen wie die Ortskrankenkassen, ja sogar über ganz Deutschland, während diese auf das Gebiet der höheren Verwaltungsbehörde beschränkt sind. Künftig werden sich diese Verbände den neuen Bestimmungen über die Privatversicherung anpassen haben. Es ist ja ganz schön, daß die Bestimmungen des Privatversicherungsgesetzes über Reserve- und Gründungsfonds auf die angeschlossenen Vereine keine Anwendung finden sollen, aber dafür kann die Aufsichtsbehörde noch höhere Beiträge festsetzen als jetzt, wo 10 Proz. dem Reservefonds zugewiesen werden. Die Willkür des Aufsichtsamtes ist das schlimmste, was die Vorlage bringt; sie entzieht den Klassen den Rechtsboden, auf dem sie stehen und sich verteidigen können. Die Begründung beruft sich darauf, daß das Aufsichtsamt in seinem diskretionären Ermessen gegen die Schwindelklassen sehr loyal verfahren sei. Die Denkschrift der Hilfsklassen, die sämtliche Mitglieder dieses Hauses zugegangen ist, beweist das Gegenteil. Die Vorlage ist eingebracht worden, ohne daß die Beteiligten auch nur gehört wurden. (Hört! hört! links.) Die Agrarier, die Industriellen, die Handelskammern hört man bei jedem Gesetz, selbst die Versicherungsvereine hat man wegen des Gesetzes über den Versicherungsvertrag gefragt. Die Hilfsklassen hingegen hat man bei einem Gesetz, das ihre Existenzfähigkeit in Zweifel stellt, überhaupt nicht angehört, ja man hat sogar die Einladung zu ihrem Kongress abgelehnt. (Hört! hört! links.) Dabei war das Lokal nicht einmal rot drapiert, wie denn der Kongress überhaupt kein sozialdemokratisches, sondern von Hilfsklassen der verschiedensten politischen Anschauung besetzt war. Reulich hat nun der Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt, daß nicht nur das öffentliche Recht der Hilfsklassen, sondern auch ihr Privatversicherungsvertrag sich nach dem Gesetze über die Privatversicherung richten werde. Dabei besteht das Gesetz über den Versicherungsvertrag noch gar nicht; man will also das bisherige Hilfsklassengesetz beseitigen, ehe man überhaupt weiß, welchen Bestimmungen denn in Zukunft diese Klassen unterworfen sein sollen! Der Hilfsklassenkongress hat in der entscheidendsten Weise Stellung gegen das Gesetz genommen und den Reichstag ersucht, die Vorlage abzulehnen. Zugleich aber hat er sich durchaus zu wirksamen Maßnahmen gegen die Schwindelklassen bereit erklärt; er selbst hat von seinen Verhandlungen drei Krankenkassen ausgeschlossen, die zu hohe Verwaltungs-kosten hatten. Charakteristisch ist, daß es in Hamburg nicht möglich gewesen ist, Schwindelklassen zu errichten; der Hamburger Aufsichtsbehörde ist es mit Hilfe der §§ 10, 20 und 33 des Hilfsklassengesetzes stets möglich gewesen, solchen Schwindelunternehmungen entgegenzutreten. In dem daneben gelegenen Altona aber haben die Schwindelklassen stets fruchtbar Boden gefunden, der preussischen Behörde ist ihre Unterdrückung also nicht gelungen. Als Arbeitersekretär verweise ich stets Arbeiter, die mit der Klasse kommen: die und die Klasse will nicht zahlen, an die Polizei, um Hilfe auf das Gebahren der betreffenden Klasse aufmerksam zu machen. Trotzdem aber geschieht solchen Schwindelklassen fast nie etwas von den preussischen Behörden. — Wie schon der Herr Vorredner bemerkt hat, entspricht die Vorlage unabweislich den Bestimmungen auf Beseitigung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. In dieser Richtung bewegen sich bekanntlich auch die Vorschläge des Geheimen Regierungsrats Hoffmann. Ich erinnere ferner an die Verhandlungen im Frühjahr 1903 in diesem Hause, wo man die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen beschnitten hat. Wenn Sie die Selbstverwaltung

aus der Arbeiterversicherung beseitigen, dann entsteht die Gefahr, von der Graf Posadowsky bei der vorigen Vorlage sprach: Je weiter die Inflation, desto größer die Verlagerung! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Simultantum können Sie durch die Beseitigung der Selbstverwaltung nicht beseitigen, im Gegenteil. Die Arbeiter sind gerade die besten Kontrolleure ihrer etwa simulierenden Mitarbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie die Selbstverwaltung beseitigen, diskreditieren Sie die ganze soziale Gesetzgebung und schneiden sich damit ins eigne Fleisch. — Aus allen diesen Gründen sind wir gegen die Vorlage. Einer Kommissionsberatung werden wir uns nicht widersetzen, wünschen aber die Ueberweisung der Vorlage an dieselbe Kommission, die das Gesetz über den Versicherungsvertrag berät. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky.

Das bisherige Hilfsklassengesetz kann betrügerische Manipulationen nicht beseitigen, weil es sich auf den rein formalen Standpunkt stellt. Das einzige Mittel, das der Verwaltung zusteht, ist die Schließung. Dann ist aber in der Regel das Unglück schon geschehen. Wie die Klassen vorgehen, dafür nur einige Beispiele. Eine Klasse lehnte die Bezahlung des Krankengeldes wegen einer inneren Erkrankung ab, weil der Kranke auf seinem Fragebogen beim Eintritt verweigert hätte, daß er einmal einen Armbruch erlitten habe. (Weiterkeit.) Eine andere Klasse lehnte die Zahlung ab, weil der Kranke verweigert hatte, daß er einmal auf einer Reise nach Amerika seefrank gewesen sei. (Weiterkeit.) Ja, eine dritte Klasse hat die Bezahlung des Krankengeldes bei Todts abgelehnt, weil der Kranke auf seinem Fragebogen nicht angegeben hatte, daß er sich 8 Jahre vorher ein Abführmittel hatte verschreiben lassen. (Weiterkeit.) — Eine dilatorische Behandlung dieser Frage würde ich für einen Fehler halten. Nun bin ich überrollt über den Widerspruch gegen unseren Vorschlag, das Hilfsklassenwesen unter das Gesetz über das Privatversicherungsrecht zu stellen. Früher war man anderer Ansicht. Ich könnte Ihnen hier einen Artikel der „Köln. Volksztg.“ vorlesen, der diese Sachlage so treffend charakterisiert, daß ich dem kaum noch etwas zuzufügen brauche. Ebenso hat die „Soziale Praxis“, ein doch entschieden sehr arbeiterfreundliches Blatt, das Privatversicherungsrecht als Muster für die Neuordnung des Hilfsklassenwesens hingestellt. Ich habe kaum über einen Zweig der Gesetzgebung so viele Irrtümer in Denkschriften und Gutachten gefunden wie über das Hilfsklassenwesen. So kompliziert ist diese Materie. Die Bestimmungen, daß die Selbstverwaltung der Hilfsklassen beseitigt werden soll, sind ganz unbegründet. Es soll lediglich eine Inflation geschaffen werden, die unsoliden Klassen beizugehen kann. Wir sind selbstverständlich bereit, in der Kommission mit den Mitgliedern des Hauses zusammen über etwaige Verbesserungen der Vorlage zu beraten. Eventuell liegen sich in das Gesetz über das Privatversicherungsrecht einige nur für die Hilfsklassen geltende Bestimmungen hineinbringen, namentlich deshalb, damit die Kontrollbestimmungen für die übrigen Klassen nicht aus Rücksicht auf die Hilfsklassen zu milde ausfallen. Im übrigen werden meine Kommissare morgen auf alle Einzelheiten der gegenwärtigen Vorlage eine ausführliche Antwort geben. (Beifall.)

Abg. Dr. Rung (fr. Sp.): Gerade Herr Trimborn hat im vergangenen Jahre zur Beseitigung der Schwindelklassen aufgefordert. Das Zentrum soll also nicht von Ueberraschung sprechen. (Sehr richtig! links.) Es gibt aber viele Klassen, die den Namen Schwindelklassen verdienen und doch florieren, weil sie es verstehen, ihre Mitglieder zu betrügen. Noch schlimmer sind die Klassen, die die Bestimmungen haben, daß über die Aufnahme der Vorstand entscheidet. Wie oft wird der Mann krank, bevor die Aufnahme durch den Vorstand erfolgt ist. Das gegenwärtige Gesetz reicht nicht aus, darin stimme ich dem Staatssekretär zu. Trotzdem sind auch meine politischen Freunde in der Ablehnung der Vorlage einig. Was die Regierung will, ist mit einem Gesetz gar nicht möglich, man kann nicht mit demselben Gesetz zugleich die Schwindelklassen beseitigen und die guten Klassen stützen. Deshalb muß differenziert werden. Jeder erste Schritt einer Reform muß dahin gehen, den Personenkreis der Krankenversicherungspflichtigen und Unfallversicherungspflichtigen gleich zu gestalten. Es müssen ferner die Inflationen usw. beseitigt werden. Dann wird eine neue Wählerzeit für die Hilfsklassen, möglicherweise in der Form der Zuschüsse, entstehen. Dieses Gesetz kann unsere Billigung nicht finden, weil es Einrichtungen beseitigt, die sich bewährt haben. Man soll die Sache aber nicht auf die lange Bank schieben, deshalb bitte ich, den Gesetzentwurf an eine Kommission von 14 oder 21 Mitgliedern zu verweisen. (Beifall links.)

Das Haus verlag sich.  
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Gesetzentwurf betr. die Hilfsklassen und betr. Abänderung von Wahlkreisen.)

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber **Karl Müller** nach langen schweren Leiden am Freitag, den 26. d. M. verstorben ist. Dies zeigen beschränkt an **Die trauernde Witwe nebst Tochter, Anna Müller geb. Eimer.** Die Beerdigung findet heute Dienstag, 30. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Himmelstischhofes, Nordend, aus statt. 22896

Nach schweren Leiden verstarb am 28. Januar früh 4 Uhr mein lieber Mann, unser guter Vater, der **Gustav Pfennig** im Alter von 41 Jahren. Mit der Bitte um stille Teilnahme **Die trauernden Hinterbliebenen Alwine Pfennig geb. Körner nebst Kindern.** Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 2 Uhr von der Halle des neuen Jakob-Nichthofes aus statt.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.** **Todes-Anzeige.** Am 27. Januar verstarb unser Mitglied, der Töpfer **Karl Müller**, Wedomstraße 26. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmitt. 3 1/2 Uhr, von der Reichenhale des Himmelstischhofes in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Dankfagung.** Sage hiermit allen Kollegen, Freunden und Bekannten für die Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Wilhelm Meyer** meinen innigsten Dank. **Witwe Anna Meyer, Schönholz 15.**

**Dankfagung.** Für die überaus zahlreiche Beteiligung und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes und guten Vaters, des **Emil Seidel** sage ich allen, insbesondere dem Reichstagsabgeordneten Fritz Jubel für die kostbaren Worte am Sarge des Entschlafenen, den Genossen des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises, den Mitgliedern des Gesangsvereins „Kreuzberger Harmonie“, den Kollegen der Scharnsteinschule sowie dem Vorstand der freien Volk- und Schanzweiser Deutschlands meinen innigsten Dank. **Witwe A. Seidel und Sohn.**

**Dankfagung.** Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters sprechen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Vorstand der anholzbelebungsanstalten beschäftigten Arbeiter unseren innigsten Dank aus. **A. Anders nebst Kindern.** **Dr. Simmel, Prinzen-Spezialist für Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Deutscher Buchbinder-Verband.** (Zahlstelle Berlin.) **Fortsetzung** der **ordentlichen Generalversammlung** vom 21. Januar 1906 im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15. Tages-Ordnung: 1. Wahl der fünf Beisitzer zur Selbstverwaltung. 2. a) Klassenbericht. b) Arbeitsnachweisbericht. c) Bericht der Disziplinkommission. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Beschließendes. 23/7 **Die Ortsverwaltung.**

**Charlottenburg.** **Verband der städtischen Arbeiter.** **Mitglieder-Versammlung** Mittwoch, den 31. Januar 1906: **im Volkshaus, Rosinenstraße 3.** Vortrag des Stadtratsordnen Genossen Dr. Borchardt über: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland. — In dieser Versammlung ist das Erscheinen zahlreicher Gäste erwünscht. **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.** **Treppengeländer-Branche!** **Versammlung** aller in Treppengeländerfabriken beschäftigten Arbeiter als Tischler, Stelmacher, Drechsler, Bildhauer, Maschinenarbeiter etc. **Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:** Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerkegerichts. 2. Diskussion. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet **Die Kommission.**

**Marmor-Arbeiter!** **Filliale II. Berlin.** **Heute Dienstag, 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung** im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum Verbandstag. 2. Wahl der Delegierten zur Konferenz in Stuttgart. 3. Wahl einer Agitationskommission. 4. Verschiedenes. **Mitgliedsbuch legitimiert.** Es ist die Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. 172/4

**Achtung! Gewerkschaften, Vereine!** Durch Verlängerung unseres Vertrages auf mehrere Jahre hinaus sind wir wieder in der Lage, **Bestellungen auf Säle entgegenzunehmen.** 5856/2 Wir empfehlen daher für jetzt und zur bevorstehenden Saison große und kleine Säle, mit und ohne Theaterbühne; auch an den Ostersfeiertagen noch frei. **„Arminhallen“** Gebrüder Mieltz, Kommandantenstr. 20.

**Sportshaus in Ziegenhals bei Zenthen** (Vorort- und Stadtbahn-Verkehr) am **Crossin-See**, mit 2 großen Sälen, Hallen u. schattigem Garten, bis 1500 Personen fassend. 10 Morgen Spielplätze in herrlichem Hochwald, zwei neuerbaute verdeckte Regelhäuser, Ausspannung für Fuhrwerke, Dampfheiß-, Ruderboote, Sommerwohnungen u. Logierzimmer, Kajakflöße usw. — Galt mit Vereinen, Jägern, Gesellschaften zu Ausflügen ganz besonders empfohlen. **Dankfagungsvoll M. Mörchel, Königs-Wusterhausen 75. (5844/2)**

**Schnupfet „Kur-Prise“** (D. R. G. M. 220 985) 204/5\* **in Flaschen und Päckchen a 10 Pf.** **Beste Qualitäts-Schnupftabak** zu haben in den Zigarrengeschäften.

# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Hente abend 8 1/2 Uhr, im gr. Saale d. Etablissements Suggenhagen, am Moritzplatz:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1905. 2. Vortrag des Redakteurs Gen. H. Ströbel über: „Der politische Massenstreik“.

240/5

Mitgliedsbuch legitimiert. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen der Mitglieder. Der Vorstand.

## Achtung! VI. Wahlkreis! Achtung!

Dienstag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Sachon, Müllerstr. 136:

## Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

Der am 1. März in Kraft tretende Soltarif und seine Folgen. Referent: Genosse Wilh. Düwell.

Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

246/13\*

Der Einberufer.

## Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gruppe: Zementierer.

Donnerstag, den 1. Februar 1906, abends 8 Uhr, bei F. Wille, Brunnenstraße 188:

### Mitglieder - Versammlung.

Gruppe: Rabitzputzer und Träger.

Freitag, den 2. Februar 1906, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:

### Mitglieder - Versammlung.

Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Bericht und Neuwahl des Vorstandes. 2. Vorschläge von Kandidaten zur Sektionsleitung. 3. Beschließendes.

Nicht eines jeden in der Gruppe befindlichen Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

NB. Die in Nr. 1 des „Grundstein“ unter Versammlungsbekanntmachung bekannt gemachte Versammlung der Rabitzputzer am Freitag, den 9. Februar 1906, findet nicht statt.

Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert.

Der Vorstand.

## Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen!

Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 Uhr, in Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29:

## Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Die Tabaksteuervorlage vor dem deutschen Reichstage. Referenten: D. Hohme, Bremen; Rindorf, Kiel; Burgold, Braunschweig.

187/3\*

Die Kongressdelegierten sind durchgängig antwessend und erwarten wir zahlreiches Erscheinen.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter. F. A. Karl Durr.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Caupl-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 6670. Arbeitsnachweis: Zimmer 24, Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 31. Januar 1906, abends 8 1/2 Uhr:

### Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker und aller in den Berufen beschäftigten Kollegen und Kolleginnen

im Gewerkschaftshause, Saal I, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheit. 4. Verschiedenes.

Mittwoch, den 31. Januar 1906, abends 8 1/2 Uhr:

### Versammlung der chirurgischen Branche

im „Rosenthaler Hof“, Rosenhalerstr. 11-12.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Goldstein über: „Die Klusfrage der Bibel.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheit und Verschiedenes.

In Anbetracht des interessanten und lehrreichen Vortrages erlauben wir uns pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Mittwoch, den 31. Januar 1906, abends 8 Uhr:

### Bezirks-Versammlung für Steglitz, Gr.-Lichterfelde und Umgegend

bei Reisen, Gr.-Lichterfelde, Chausseestr. 104.

Tagesordnung:

1. Wie verhalten wir uns zu der bevorstehenden Schlofferbewegung? Referent Kollege Gande. 2. Bericht vom Bezirk der Gewerbevereine. 3. Bericht vom Kartelldelegierten von Gr.-Lichterfelde. 4. Verschiedenes. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

## Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

N. 39, Willdenow - Straße 30. \* Fernsprecher: Amt II, 2543.

Die Genossenschaft bietet den Mitgliedern gute Ware zu möglichst billigen Preisen.

Umsatz über 5 000 000 Mark. Rückvergütung über 100 000 Mark.

Unsere Verkaufsstellen befinden sich:

105/0\*

Swinemünderstraße 44.  
Greifenhagenstraße 84.  
Büttmannstraße 19.  
Willdenowstraße 30.  
Gartenstraße 3.  
Wickelstraße 31.

Ebelingstraße 14.  
Arndtstraße 5.  
Gräsestraße 40.  
Hagelbergerstraße 20.  
Tempelhof:  
Berlinerstraße 76.

Schöneberg:  
Apostel Paulusstraße 27.  
Gothenstraße 1.  
Weißensee:  
Friedrichstraße 12.  
Berlin: Wismarstraße 64.

In allen Verkaufsstellen werden Mitglieder aufgenommen.

Eintrittspreis 50 Pf.

Konsumenten! Organisiert Euch!

# Kaiser's Malz- Kaffee

unübertroffen,

das Pfund nur **25** Pfg.

## Kaiser's Kaffee-Geschäft

Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb.

**Berlin N.:** Ackerstr. 23/26, Brunnenstr. 81, Brunnenstr. 151, Brunnenstraße 185, Badstr. 18, Chausseestr. 28, Chorinerstr. 20a, Dannigerstraße 90, Dalldorferstr. 23, Fennstr. 52, Franseckstr. 50, Invalidenstraße 144, Müllerstr. 166, Putzuserstr. 41, Reinickendorferstr. 10, Swinemünderstr. 87, Schwedterstr. 245a, Tresckowstr. 18, Usedomstraße 17, Weinbergsweg 5, Wollinerstr. 42, Prinzen-Allee 31, Prinz Eugenstr. 20, Pappel-Allee 4.

**Berlin NW.:** Bredowstr. 43, Beusselstr. 29, Heidestr. 15/16, Huttenstraße 4, Lübeckerstr. 20, Luisenstr. 43/44, Alt-Moabit 112, Melanchtonstraße 1, Stephanstr. 42, Turmstr. 30, Turmstr. 47a, Wilsnackerstr. 30.

**Berlin W.:** Culmstr. 1, Genthinerstr. 26, Gleditschstr. 48, Lützowstraße 83, Steinmetzstr. 41.

**Berlin SW.:** Bergmannstr. 93, Zossenerstr. 22.

**Berlin S.:** Gräfeinstr. 25, Sebastianstr. 88.

**Berlin SO.:** Admiralstr. 32, Köpenickerstr. 144, Muskauerstr. 13, Neanderstr. 37, Oranienstr. 1, Reichenbergerstr. 123, Wrangelstr. 23, Wrangelstr. 54.

**Berlin O.:** Andreasstr. 57, Boxhagenerstr. 14/15, Ebertystr. 48, Frankfurter Allee 51, Frankfurter Allee 71, Grüner Weg 41, Gubenerstr. 49, Krautstr. 48b, Königsbergerstr. 31, Petersburgerstr. 81, Richthofenstraße 15, Stralauer Allee 23b, Zorndorferstr. 48.

**Berlin NO.:** Gollnowstr. 11, Greifswalderstr. 1, Landsberger Allee 29, Lippinerstr. 29.

**Berlin C.:** Alte Schönhauserstr. 30, Kaiser Wilhelmstr. 20.

**Charlottenburg:** Augsburgerstr. 59/60, Berlinerstr. 98, Berlinerstraße 125, Dankelmannstr. 60, Holtzendorferstr. 4, Kantstr. 149, Kleiststraße 19, Nehringstr. 1, Pestalozzistr. 9a, Pestalozzistr. 29, Kaiser Friedrichstr. 57, Tauenzienstr. 19, Spandauerstr. 28, Uhlandstr. 32, Wilmersdorferstr. 126, Wilmersdorferstr. 148.

**Boxhagen-Rummelsburg:** Alt-Boxhagen 4/5.

**Deutsch-Wilmersdorf:** Berlinerstr. 181.

**Friedenau:** Rheinstr. 10.

**Friedrichsberg:** Frankfurter Chaussee 7.

**Friedrichsfelde:** Berlinerstr. 45.

**Lichtenberg:** Frankfurter Allee 171.

**Weissensee-Berlin:** König-Chaussee 32.

**Pankow:** Breitestr. 24a.

**Reinickendorf-West:** Scharnweberstr. 16.

„ **Ost:** Residenzstr. 107.

**Rixdorf:** Hermannstr. 40, Kaiser Friedrichstr. 242, Steinmetzstr. 116.

**Rummelsburg:** Schillerstr. 12.

**Schmargendorf:** Breitestr. 22a.

**Schöneberg:** Colonnenstr. 66, Goltzstr. 38, Hauptstr. 139, Tempelhoferstr. 21, Neue Winterfeldtstr. 44.

**Steglitz:** Schloßstr. 85.

**Tegel:** Berlinerstr. 9.

**Tempelhof:** Berlinerstr. 15.

**Adlershof:** Bismarckstr. 14a.

**Nowawes:** Friedrichstr. 15.

**Ober-Schöneweide:** Wilhelminenhofstr. 41.

**Potsdam:** Brandenburgerstr. 20, Nauenerstr. 38.

**Spandau:** Breitestr. 49, Jägerstr. 1, Neuendorferstr. 6, Potsdamerstr. 1a, Schönwalderstr. 87.

**Treptow:** Baumschulenweg 19/20.

Wenn Sie uns fragen würden, warum wir selbst am liebsten Josetti-Cigaretten rauchen, würden wir kurz antworten: „Wegen des würzigen Aromas und des milden, feinen Geschmacks, die ihnen eigen sind“. Diese Qualitäts-Eigentümlichkeiten werden selten vereinigt in türkischen Cigaretten gefunden und in keiner Sorte so vollkommen als in

# JOSETTI CIGARETTEN

Wir haben viele türkische Cigaretten mit ausgesprochenem würzigen Aroma geraucht, aber die Stärke derselben war für dauerndes Rauchen unerwünscht. Es sind die bei der Herstellung von Josetti-Cigaretten verwendeten geschickten Mischungen, die das bouquetreiche Aroma der reifsten besten türkischen Tabake vereinigt mit mildem, lieblichem und doch volksaftigen Geschmack bewahren. Dies kann nur mit absolut harmonisch zusammengestellten Mischungen erreicht werden. Dieses Ziel zu erlangen, ist uns stets als wichtigste Aufgabe in unserer langjährigen Praxis erschienen, und nur durch unermüdliche Bestrebungen ist es uns gelungen, Josetti-Cigaretten zu ihrer jetzigen Vervollkommnung zu bringen und uns den hervorragenden Platz, den wir in unserer Branche einnehmen, zu gewinnen.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.  
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.



Zusammenstellung der Tabakblätter für Josetti-Cigaretten zum Verpacken in Ballen.

## Der Kenner



raucht

N<sup>o</sup> 61

hochfeine 6 Pf. Cigarre  
vorzüglicher würziger Geschmack

**J. NEUMANN**

Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.

Davon in Berlin:

Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.  
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.  
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartzkopffstraße.  
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.  
Friedrichstr. 171, Ecke Franz. Str.  
Gertraudenstr. Eck. Breitestr. 20a.  
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.  
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.  
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzst.  
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.  
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.  
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.  
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.  
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.  
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.  
Wienerstr. 22, Ecke Grünsauerstr.  
Rixdorf: Bergstr. 148.

## Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle, Reste! Moquettes.  
Plüsch, Satteltapischen.

Musterb. näher. Angabefranko.

Emil Lefèvre, Berlin, 158.

## Bruch-Pollmann

einblüht sein Lager in Bruchbandagen,  
Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen,  
Suspensoren sowie sämtliche Artikel  
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.  
Liefer. f. Dtsch. u. Hülls-Krankenfällen  
Berlin C., 561022

30. Linien-Straße 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Be-  
lotien, angenehm u. weich am Körper.

Dr. Schünemann,

Spezial-Arzt für  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten. Zeit:  
Friedrichstr. 203, Ecke  
Schützenstraße.  
10-2, 5-7 resp. 8, Sonnt. 10-12.

Masken-Garderobe

von 559022  
Carl Ernst,  
Räpenderstr. 126, 1. Etz.  
Größte Auswahl!  
Billigste Preise!  
Vorzugiger dieser Annahme  
erhält 10% Preisermäßigung.

Expedition des Vorwärts

Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, Laden.

Von den letzten Weihnachts-  
prämien

**Fritz Reuters**  
sämtliche Werke

Illustrierte Ausgabe  
in zwei eleganten Bänden  
Preis Mk. 3,—

und

**Der Gesundheitsschutz**

in Staat, Gemeinde u. Familie  
von Emanuel Wurm  
Preis Mk. 4,—

sind noch eine Anzahl am Lager,  
die wir, soweit der Vorrat reicht,  
zu obigen Preisen abgeben.

Expedition des Vorwärts.

## Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im:

Bade Berlin-Süd im:

**Bad Frankfurt**

Gr. Frankfurterstraße 136.

**Ritter-Bad**

Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art

in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen  
für Damen und Herren.

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern

0,75 Mk. (40 Minuten Badzeit.)

SOOL-  
KLEID, SCHWIMM-  
FRÜHHADEL-  
BÄDER



Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

# Victoria-Brauerei

Aktien-Gesellschaft

Fernsprecher:  
Stant VI Nr. 728

Berlin und Stralau

Fernsprecher:  
Stant VII Nr. 3635

empfiehlt ihr:

58452\*

Victoria Saazer-Bräu (Pilsener Art)

Victoria Export-Bier (Münchener Art)

Victoria Tafel-Bier (ganz hell)

Bock-Bier in Gebinden und Flaschen.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,  
Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 5651L\*

Amt 4. 3014.

Das größte Brot für 50 Pf.

Brotware: 6 Stück 10 Pfennig in

Albrechts Bäckereien:

Oranienstr. 135, Kronstr. 19,

Falckensteinstr. 28, Kanitzstr. 2,

Markthalle Ködlerstr., Stand 22/23,

Markthalle Andreasstr., Stand 16/18,

Zentrale: Voßhagenstr. 13.

**KNORR'S**  
Maccaroni.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.

Berlin-Pankow.

Größte Malz-Bier-Brauerei in Deutschland.

Hochfeines Spezialbräu: 52782\*

**Malzbier vom Faß**

gebraut aus echt Münchener Salvator-Malz.

Gesetzlich geschützte Marke 54940.

1/1-, 1/2-, 1/4-Hektoliter-Gebinden.

Bernsteins Entgegnung.

Genosse Bernstein schreibt in den „Soz. Monatsheften“: „Zunächst eine kleine Abrechnung mit dem „Vorwärts“...“

„Sie hätte sich das sparen können, denn von einer Imputation...“

„Wenn man die biobirgerigen Reden... hier gehört hat, muß man sich wirklich an den Kopf fassen...“

„Nein, nicht die Organisation vor allem, sondern vor allem der revolutionäre Geist der Auffassung...“

„So Rosa Luxemburg auf dem Parteitag in Jena, und genau in diesem Sinne hat sie nachher in Berlin und Hamburg gesprochen...“

Rosa Luxemburg in Jena: „Da verlangt man, daß wir sagen: „Wie werden wir den Generalstreik machen...“

„Vorwärts“ vom 30. Dezember 1905: „Diese Richtung (es ist der radikale Flügel in der Partei gemeint...“

„Also, in Jena werden von Rosa Luxemburg diejenigen, die Fragen über die Ausfühbarkeit des politischen Massenstreiks aufwerfen...“

„Und komme mit der „Vorwärts“ nicht mit dem Einwand, Rosa Luxemburg habe ja selbst in Jena gesagt, es handle sich in Deutschland augenblicklich gar nicht darum, den Massenstreik zu proklamieren...“

„Obendrein aber beweist die Rede der Genossin Luxemburg ganz und gar nicht, was sie nach Bernsteins Auffassung beweisen soll...“

diesen Satz niederschreiben zu müssen, aber wir schulden uns vor allen Dingen Wahrheit. Was soll das Prahlern mit dem revolutionären Geist? Günstig es nicht, sozialdemokratisches Denken, sozialdemokratisches Empfinden, sozialdemokratisches Wollen...“

Der „Vorwärts“ hat es abgelehnt, meinen von ihm angegriffenen Artikel, wenn nicht ganz, so wenigstens in seinem entscheidenden zweiten Teil seinen Lesern zur selbständigen Beurteilung vorzulegen...“

Wir haben hiermit Bernsteins Entgegnung abgedruckt. Und wir haben das getan, ohne daß dazu für uns irgend eine redaktionelle oder journalistische Verpflichtung vorgelegen hätte...“

Bernstein bestreitet, daß er dem „Vorwärts“ die unsinnige Auffassung unterstellt habe, auch Deutschland für eine Revolution im russischen Stile für reif zu halten...“

Bernstein wandte sich in seinem ersten Artikel, dessen Inhalt ihm offenbar entfallen ist, gegen die „Revolutionäromantik“, als deren schärfste Vertreterin er die Genossin Luxemburg bezeichnete...“

Wir stellen dieser Hegepolitik gegenüber fest: 1. Die Genossin Luxemburg ist nicht „beschränkte Mitarbeiterin“, sondern einfache ständige Mitarbeiterin...“

Und was hat Genosse Bernstein auf alles das zu entgegnen? Gemeint er, daß wir Legien oder Ein falsch zitiert haben? Versuchte er wenigstens den Nachweis, daß die gegenwärtige Redaktion des „Vorwärts“ den politischen Massenstreik „revolutionäromantisch“ behandle? Bringt er auch nur ein armseliges Zitat...“

„Obendrein aber beweist die Rede der Genossin Luxemburg ganz und gar nicht, was sie nach Bernsteins Auffassung beweisen soll...“

„Obendrein aber beweist die Rede der Genossin Luxemburg ganz und gar nicht, was sie nach Bernsteins Auffassung beweisen soll...“

„Ganz rätselhaft ist es aber, was das weitere Zitat aus der Rede der Genossin Luxemburg soll. Der Spott über die „Kongresslichkeit“, die Arbeiter könnten beim politischen Massenstreik verhungern usw.,“

lehrt in den Reden der Genossen Jeky, Dieblucht, Elm usw. wieder! Wenn das schon „Revolutionäromantik“ ist, so mag sich Bernstein doch lieber mit all ihren Anhängern, so ungefähr der ganzen Partei, aneinandersetzen...“

Als Beweis der „Revolutionäromantik“ bleibt also für Bernstein, der doch mehrere Wochen Zeit hatte, sich Material zusammenzusuchen, nichts anderes übrig als ein Zitat aus einer Jenaer Diskussionsrede der Genossin Luxemburg...“

„Denn sie ist“, fährt Bernstein fort, „die Mutter jener Revolutionärophrasologie, die den Regierenden den bequemsten Vorwand gibt, dem Volk die legitimen Kundgebungen seines Protestes von vornherein unmöglich zu machen...“

Bernstein ist ja bekanntlich der Vater der Straßendemonstrationsabsichten. Auf dem Preuentage prophezeigte er der pessimistischen Majorität der Delegierten gegenüber wohlgenut: „So rasch schließen die Preußen nicht“...“

Noch ein Wort im Vertrauen, Genosse Bernstein: gerade der „Vorwärts“ liebt das „Prahlern“ mit revolutionärem Geist nicht, ihm fällt es zuletzt ein, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen...“

Genosse Bernstein benützt die Gelegenheit, um auch unsere Berichterstatter über die auswärtige Partei- und Arbeiterbewegung in seine „Abrechnung mit dem „Vorwärts““ hineinzuziehen...“

Im ersten Falle handelt es sich darum, daß unser Londoner Mitarbeiter nach Bernsteins Ansicht aus einem Artikel des „Labour Leader“ Stellen nicht gebracht hat, die er hätte bringen müssen...“

Im zweiten Falle handelt es sich darum, daß unser Pariser Korrespondent sich erlaubt hat, eine Äußerung Jaurès' in sonderbarer Form zu bringen, während Bernstein sie genau in bequemer Weise gebracht hätte...“

Es wäre kaum erforderlich gewesen, auf diese Dinge überhaupt einzugehen. Da es aber nicht ausgeschlossen ist, daß unsere Korrespondenten selber sich auf den Bernsteinschen Kleinrat einlassen würden...“

Tabakarbeiter-Kongress.

Berlin, den 29. Januar. Im Gewerkschaftshause nahm heute früh ein von etwa 300 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands besidhelter außerordentlicher Tabakarbeiterkongress seinen Anfang...“

Die Tabakarbeiterfrage der Reichsregierung und die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter. Unter den hierzu vorliegenden Anträgen sind folgende der Tabakarbeiter von Heiligenstadt hervorgehoben: „Sollte die geplante Jollerhöhung sowie eine Steuer auf Tabak und Zigaretten zum Gesetz erhoben werden...“

„Es wird daher der Tabakarbeiterkongress beauftragt, bei der hohen Reichsregierung vorstellig zu werden, daß der Staat auch für die kostenlos gewordenen Tabakarbeiter Sorge tragen und dieselben so lange entschädigen möge, bis sie in einem anderen Betriebe Arbeit erhalten haben.“ Ferner wird verlangt, daß ein Flugblatt mit den Namen derjenigen Abgeordneten, welche für die Befreiung des Tabaks stimmen sollten, herausgegeben werden solle...“

fei, durch den das ganze Tabakgewerbe von der Tabaksteuer betroffen werden würde.

Als Vertreter der Gewerkschaftskommission begrüßte Reichstagsabgeordneter Alwin Bröten den Kongress.

Butry-Berlin teilt mit, daß Einladungen an den Reichszankler, das Reichsschatzamt und den preussischen Finanzminister ergangen seien. Daraufhin ist vom Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel folgendes Schreiben eingegangen, das verlesen wird:

Reichsschatzamt. Das Reichsschatzamt kann Ihrem Ersuchen, zu den am 29. d. M. beginnenden Verhandlungen des Kongresses der Tabakarbeiter, denen ich das größte Interesse entgegenbringe (Lachen), einen Vertreter zu entsenden, zu meinem aufrichtigen Bedauern nicht entsprechen, da die in Betracht kommenden Beamten meines Ressorts durch die ihnen gegenwärtig obliegenden Geschäfte gerade auch an den in Frage stehenden Tagen voll in Anspruch genommen sind. (Lachen.) Dagegen wäre es mir angenehm, wenn Sie mich von dem Ergebnis Ihrer Verhandlungen unterrichten. Für den Fall, daß Sie es vorziehen würden, mündlich darüber zu berichten, ist der diesseitige Referent, Geh. Finanzrat Reinhold, bereit, Sie in seinem Geschäftszimmer im Reichsschatzamt, Wilhelmplatz 1, zu empfangen. (Hört! hört! Lachen.)

gez. Freiherr v. Stengel.

Auch an die sämtlichen Reichstagsabgeordneten sind Einladungen ergangen. Die fortschrittlichen Frauengereine haben Fräulein Dr. Bernhard-Berlin, der Deutsche Senefelderbund seine Vorstandsmitglieder Sillier und Lange-Berlin zu den Verhandlungen delegiert.

Zu Verhandlungsleitern wurden Vormann-Bremen und Boerner-Berlin gewählt.

Als Referent zum Hauptpunkt der Tagesordnung führte **Mollenhauer** aus: Kein Gewerbe habe so unter dem Vorurteil der deutschen Staatsmänner zu leiden, wie das Tabakgewerbe. Diese hegten den Aberglauben, daß zur Verbesserung ungesunder Reichsfinanzen nichts so geeignet sei, wie die Tabaksteuererhöhung. Diesen Aberglauben habe schon Fürst Bismarck gehabt und, was Fürst Bismarck für richtig gehalten habe, das gelte für die heutigen Staatsmänner auf alle Fälle als richtig. Man verweise darauf, daß in anderen Ländern der Tabak weit mehr einbringe. Dabei ignorierte man aber, daß in diesen Ländern das Tabakgewerbe ungemein niedrig stehe, während bei uns hunderttausende Arbeiter beschäftigt werden. Man meine an maßgebender Stelle vielleicht auch: „Na, die Arbeiter werden es schon tragen!“ Fast könnte man das auch glauben, wenn man sehe, mit welcher Geduld die Tabakarbeiter alle die Experimente über sich ergehen lassen, so daß dieses einst gutbezahlte Gewerbe heute auf das Hungerniveau der schlesischen Weber herabgedrückt sei. Die Tabaksteuer sei auch so ein Stück Bismarckscher Politik, die darauf ausging, die Reichen möglichst steuerfrei zu lassen und sich an die breiten Schichten zu wenden. Wenn die Reichen die Kosten zahlen sollten, würde ihre Flotten- und Armeebegeisterung bald ein Ende haben. (Sehr wahr!) Weßhalb sollen nun gerade die Tabakarbeiter bluten? Seien es denn die Tabakarbeiter gewesen, welche für Flottenvermehrungen petitioniert haben? Oder seien es nicht vielmehr die Herren Kommerzienräte gewesen? Nun, dann möge man diesen Herren auch erwidern: „Gut, dann bezahlt es bitte auch!“ (Stürmischer Beifall.) Dabei sind schon jetzt allein durch die indirekten Steuern für das Reich die Einkommen der Armen mit etwa 12 Proz. besteuert, ganz abgesehen von den Steuern, die durch Fleischimportverbote und Zuckerzölle in die Taschen der Großgrundbesitzer geleitet werden. — Die Tabaksteuer von 1879, die den inländischen Tabak mit 45 statt ungefähr 6 M., den ausländischen mit 86 M. statt 24 M. pro Doppelzentner belastete, hat erwiesen, daß die Erhöhung der Tabaksteuer den Tabakarbeiter nicht nur indirekt als Konsumenten, sondern direkt auch als Produzenten durch den Rückgang des Konsums trifft. Wird doch der Tabakverbrauch für die meisten durch den Geldbeutel, nicht durch Geschmack oder Bedürfnis bestimmt; sonst würden wohl nur wenige Raucher unter einer solchen Geschmacksveränderung leiden, immer nur Pfälzer zu rauchen. (Heiterkeit.) Trat der Rückgang des Konsums 1879 nicht so deutlich hervor, wie nach der Tabakpreiserhöhung von 1871 in Frankreich, so lag das daran, daß die Steuern einfach dem Arbeiter vom Lohne abgezogen wurden.

Der Durchschnittslohn der Zigarrenarbeiter sank nach den 1893 veröffentlichten Lohnlisten von 1878 bis 1893 pro Tausend von 18,70 im Durchschnitt auf 9 M. Die Monarch Judthausarbeit wurde an Billigkeit durch die „freien“ Arbeiter im Schwarzwalde übertroffen. (Hört! hört!) Die Tabakindustrie wurde auf die Dörfer verlegt, die großstädtischen Tabakarbeiter ins Ausland getrieben, so daß in New York sich die Hamburger Gesangsvereine vielfach bis auf den letzten Mann wiederfanden, in den Schwarzwald aber — die Tuberkulose so gründlich verpflanzt, daß in dieser gesunden Luft besonders unter den an Zahl enorm gesteigerten weiblichen Tabakarbeiter mehr Kranke waren als im Zentralverband der Tabakarbeiter. (Hört! hört!) Waren auch 1879 nach der Petitionierung der Arbeiterorganisationen durch das Bismarcksche Sozialistengesetz Ausnahmestände, so wirkt doch jede Steuererhöhung lohnentziehend, jede Steuerleichterung lohnsteigernd. Wenn man auch in Deutschland das Wort „Steuerleichterung“ ganz aus dem politischen Wörterbuch gestrichen hat, so beweist das doch eine amerikanische Tabaksteuerherabsetzung im Jahre 1882. Die neu vorgeschlagenen neuen Steuern können allerdings nicht ganz auf die Tabakarbeiter abgewälzt werden; sonst müßten sie aus Flottenpatriotismus künftig die Zigarren umsonst drehen. (Sehr wahr!) In der Begründung des neuen Gesetzentwurfs heißt es gleich zu Beginn: „Der Tabak ist kein Nahrungsmittel, sondern ein Genussmittel, und nach dazu ein der Gesundheit wenig zuträgliches.“ Gewiß kann niemand vom Tabak leben — außer dem Tabakarbeiter — aber mehr Zugutegenstand als der Tabak ist doch noch die deutsche Flotte. (Heiterkeit und Sehr gut!) Sei der Tabak aber so gesundheitsgefährlich, so verbiete man ihn doch einfach! Aber man will ja gerade seinen Konsum, um Geld in die Reichskasse zu bekommen. (Heiterkeit.) Man sehe, wie es sich bei den Motiven um nichts als um Verlegenheitsausreden handelte und daß es kaum ein ungeeignetes Steuerobjekt gebe. (Beifall.) Sichtlich werden von den 200 000 Tabakarbeitern 28 000 brotlos gemacht werden, und dieses Heer von Arbeitslosen werde einen starken Lohndruck herbeiführen. Was nütze es diesen brotlos gemachten Tabakarbeitern, daß Herr v. Stengel darauf entgegne, daß ja auf der anderen Seite Panzerschiffe gebaut werden würden. Der schändliche Tabakarbeiter werde bei Krupp gewiß nicht Beschäftigung finden. Ihnen bleibe nur das Los, zu verhungern, und die Arbeiterinnen werden der Prostitution preisgegeben werden. Wie stimmt es mit den Eitlichkeitsbestrebungen des Zentrums, daß es Gesetze schaffen helfe, durch welche die Prostitution gefördert werden müsse. Daß durch das Gesetz die deutsche Arbeiterschaft dezimiert werde, stimme durchaus mit dem Programm des Fürsten Bismarck und der Politik des Junkerparlaments überein. Ja, aus den verschiedenen Versicherungen Wilhelms könne man direkt folgern, daß diese Wirkung von ihm gewollt sei. (Sehr wahr!) Diese Politik müsse im Lande gebrandmarkt werden. Wenn auch wohl die Tabaksteuer abgelehnt werden dürfte, so müßten die Arbeiter auch gegen die drohende Zigarettensteuer, als den ersten Schritt auf der Bahn der Fehlfabrikation, energisch Front machen. In erster Reihe müssen die Organisationen gestärkt werden. (Stürmischer Beifall.)

In der Debatte nahm das Wort als erster Redner Reichstagsabgeordneter v. Elm-Hamburg: Daß die Reichsregierung keinen Vertreter hergeschickt habe, sei begreiflich, denn derselbe würde es schwer haben, hier vor einer so großen Zahl von Fraktionen die Politik der Regierung zu vertreten. Die Reichsregierung scheint gehofft zu haben, unter den Interessenten Zwiespalt hervorzurufen. Für die Tabakpflanzer enthält die Vorlage die Lodung mit der Staffsteuer. Aber die Tabakpflanzer trocken nicht an den Feim. Für die Großindustriellen war die Raffine in der Vorlage der Unstund, daß keine Spernmaßnahmen und keine Nachsteuererhöhungen stattfinden sollen. Das würde nur den ganz Großen Vorteil bringen, die zahllosen kleinen Erzeugnisse würden schnell im Konkurrenzkampf unterliegen. Offenbar hoffte man, auf

diesem Wege das Tabakmonopol vorzubereiten. Deutschland sei das Land, das ohnehin schon aus der Tabakindustrie indirekt den größten finanziellen Nutzen ziehe. So unpopulär wie die Tabaksteuer sei nicht einmal der Zollertrag gewesen. Selbst auf den kleinsten Dörfern murkten die Panzer darüber. Mit dieser Unpopularität der Steuer müßten auch die bürgerlichen Abgeordneten rechnen, denn nicht wieder gewählt zu werden, sei unangenehm. Deshalb suche man alle möglichen Auswege zu finden, um den Ausfall zu decken. Die Einigkeit der Industrie treffe nicht auf die Zigarettenindustrie zu. Die Zigarettenfabrikanten hätten mit ihrem Ruf nach Zöllen den Arbeitern ihre Abwehrmaßnahmen geföhrt. (Sehr wahr!) Deren Kalkulation geht dahin, den Arbeitern etwas vom Lohne abzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Franz Schmidt-Berlin (Zigarettenarbeiter): Es sei eine Schande für das große Deutsche Reich, daß es die Mittel für seine Erhaltung durch die radikale Ausparierung der breiten Massen sich besäße. Diefelbe Regierung, welche mit ihren Liebesgaben die Branntweinpest fördere, zeige mit einem Male eine solche Härlichkeit für die Gesundheit der Zigarettenarbeiter. Das klingt wie Hohn, wenn man bedenke, daß diese Härlichkeit zehntausende Arbeiter brotlos mache. So halte man das Volk zum Narren und powere es aus. Die Industrie werde gleich Verbrechern unter Polizeiaufsicht gestellt. Die Sanitätsstellen müssen jeden Geschäftsmann zur Verzweiflung bringen; der Entwurf sei so lächerlich, daß es jedem Abgeordneten leicht wäre, ihn abzulehnen. Aber leider ließen sich die Parteien auf die Zigarettenpapiersteuer festlegen. Die Zigarettenfabrikanten, welche dem Zoll zugestimmt haben, hätten übersehen, daß die Regierung schlimmer sei als der Teufel: daß sie nicht bloß den Finger nehme, sondern gleich den ganzen Kopf. Die Fabrikanten hätten damit ihrer politischen Klugheit das erbärmlichste Zeugnis ausgestellt. Das ehrliche Geschäft werde vernichtet und das Hintertreffen- und Schmutzgeschäft geschützt werden. Der Zigarettenarbeiter könne schon heute nichts zugeben. In Berlin betrage der Verdienst 2,50 M. pro Tausend, d. i. bei 7000 bis 8000 Stück ein Wochenverdienst von 15 bis 18 M. Da müssen aber schon Frühstücks-, Besper- und ein Teil der Mittagspausen geopfert werden. Mittags drängen sich die Arbeiter an der Tür nur so, um ja recht schnell wieder an der Arbeit zu sein. Dazu müsse er noch zwei bis drei Stunden Hausarbeit zum Hülsenleben aufwenden und nach der Minute wie unter der Peitsche arbeiten. Da die Arbeitszeit höchstens 250 Tage im Jahre währe, mache das trotzdem nur ein Jahreseinkommen von 600 M. Und davon solle man in Berlin nun leben! (Hört! hört!) Die Hausarbeit greife von Tag zu Tag um sich, selbst die größten Fabriken geben Arbeit heim. Frau und Kinder müßten mithelfen. Auch die Bekleidungsindustrie sei sehr groß, besonders tue sich da die russische Zigarettenfabrik „Raffeltopf“ eines gewissen Schleime Lenz hervor, der junge Leute aus Rußland heranziehe. Wenn diese sich nicht länger ausbeuten lassen wollen, drohe der Kompagnon, namens Spitzberg, daß er sie als Ausländer anzeigen werde. (Pfui! pfui!) Wägen sich die Reichstagsabgeordneten aller Richtungen bewußt sein, daß sie Volksvertreter und nicht Volksgerräter sein sollen, und mögen sie diese Vorlage in Heßen der Regierung vor die Füße werfen. (Stürmischer Beifall.)

Nach der zweistündigen Mittagspause wurde die Debatte fortgesetzt.

**Eberle-Nordhausen**: Ganz enorm sei die Belastung des Industrieproduktes, welches hauptsächlich von den Leihträgern der Industrie konsumiert werde, des Kautabaks, der oft dazu diene, die Armeisten der Armen über den Hunger wegzutauschen. Nach der Vorlage werde das Pfund Kautabak um 50 Pf. verteuert. Die Kautabakfabrik Nordhausen, in der alles vom Kautabak abhängt, werde in Frage gestellt. Sie werde 1 110 000 M. mehr aufzubringen haben. Bei 28 000 Einwohnern ein recht nettes Stämmchen! Die mittleren und kleineren Betriebe können das unmöglich aufbringen. Die Lage der Arbeiter sei schon durch die Steuer von 1879 aufs tiefste herabgedrückt. Eine Regierung, welche solche völkerverdrängende Vorlagen mache, handele nicht im Staatsinteresse. Da dürfe man sich nicht wundern, wenn das Volk zum Aufstand getrieben werde. Und ein Wälder, der sonst alles verantwortete, werde sich doch fragen müssen, ob er eine solche Politik verantworten könne. (Beifall.)

Nachdem somit die sämtlichen Branchen der Tabakindustrie zum Worte gekommen waren, erfolgten die Berichte aus den einzelnen Bezirken.

**Reising-Hamburg** berichtete über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bezirken Hamburg, Bremen, Lübeck, Schleswig-Holstein, Mecklenburg usw. Das sei nicht das Dorado der Tabakarbeiter gewesen. Diese Zeiten seien längst vorüber. Der Durchschnittsverdienst eines Verheirateten stehe unter der Durchschnittslebenshaltung. Deshalb müssen Frau und Kinder in der Heimarbeit energisch mitarbeiten.

**Raab-Rungstadt** gibt die Erklärung ab, daß im Hessischen die Protestbewegung gegen die Tabaksteuer eine allgemeine sei. Die Steuer würde von den Fabrikanten auf die Arbeiter abgewälzt werden, und bei den notwendigen Arbeiterentlassungen werde man in erster Reihe an die „Heber“, an die Organisierten denken. Die Organisation werde sich auf schwere Tage geföhrt machen müssen.

Der Vorsitzende begrüßte die inzwischen erschienenen Reichstagsabgeordneten Geyer und Schmalfeidt.

**Hübner-Hamburg**: Wenn Frhr. v. Stengel das omtliche Material der Tabakarbeitergenossenschaft eingesehen hätte, würde er seine Behauptung, daß die Löhne der Tabakarbeiter im allgemeinen gestiegen seien, nicht aufgestellt haben. (Sehr wahr!)

**Reichmann-Bremen**, Vorsitzender des deutschen Tabakarbeiterverbandes, bezeichnet es als eine Räuberei, im Reichstage zu behaupten, die Steuer werde von Konsumenten getragen werden. Als Schatzsekretär sollte Herr v. Stengel doch wissen, daß das Wehr zum größten Teil von den armen Tabakarbeitern getragen werden würde. Oder sollten wir im Deutschen Reich einen Schatzsekretär haben, der so unerfahren ist, daß er dem Volke solche Märchen aufstücken zu können glaubt. (Lebhafter Beifall.) Einen Teil der Steuer werden aber auch die Unternehmer zu tragen haben. Hier zeigt sich die großartige Mittelstandspolitik der Regierung. Wir hatten 1895 19 367 Tabakbetriebe. Davon waren 11 244 Einzelbetriebe. (Auf: Das nennt man Mittelstandspolitik.) Kann man sich eine abschließendere Politik denken, als die Löhne auf die kleinen Schultern abzuwälzen. Ich möchte fragen, ob nicht vielleicht Frhr. v. Stengel einer der ersten sein würde, der ungehalten wäre, wenn sein Zigarettenlieferant infolge der Steuer auf seine Ware aufschlägt. (Lebhafter Zustimmung.) Trotzdem in Bremen und Umgegend die Lohnverhältnisse noch nicht die ungünstigsten sind, ergeben die Erhebungen doch, daß in der Heimarbeit oft nicht mehr als 10 Pfennige pro Stunde verdient werden. (Pfui!) Kann man sich da wundern, wenn Prostitution und Tuberkulose waden? In Bremen wurden 195 eigene Kinder und 82 fremde Kinder, bis herab zu sieben und acht Jahre, beschäftigt. (Hört!) Schämt sich eine Regierung nicht, 40 bis 43 Millionen Mark aus den Taschen dieser Armen nehmen zu wollen? So etwas nennt sich dann sozialer Ausgleich. (Stürmischer Beifall.) Eine bezweifelnde völkerverdrängende Politik muß vor dem ganzen denkenden Volk gekennzeichnet werden. Da muß die gesamte Arbeiterschaft zusammenstehen, damit einfach eine solche Regierung von der Bildfläche weggeföhrt wird. (Stürmischer Beifall.) Es ist nicht eine Schande, daß in einem Staat, der an der Spitze der Zivilisation stehen will, eine solche Regierung existiert, die nicht wert ist, daß sie existiert. (Großer Beifall.)

**Wilhelm Derrmann-Biesbaden**: Nicht der Tabak müsse bluten, sondern der arme Tabakarbeiter. Kein Wunder sei es, wenn da der Ruf der Empörung durch die geknechteten Proletariatsmassen gehe. (Großer Beifall.)

**Bruggert-Baden** berichtet über die Lohnverhältnisse in seinem Bezirk. Reichstagsabgeordneter **Geyer-Leipzig**: Entgegen dem Zentrumsantrage in der Kommission, den Rohstoffzoll bei dem alten Zollfuß zu belassen, seien hinter den Kulissen Wabenbeschlüsse im Gange, den Zollfuß auf 100 Mark zu erhöhen. Ein solcher Antrag liege noch nicht vor, aber wer wisse, was bis zur zweiten Lesung passieren kann? (Auf: Kuhhandel!) Die Regierung habe auch in der Kommission

die Vorlage nicht weiter als damit begründet: Wir brauchen mehr Geld und der Tabak kann mehr beitragen. (Pfui!) Die Erfolge in der Bewegung gegen die Vorlage seien der Tabakarbeiterorganisation zu verdanken, die die Föhierung gehabt habe. (Beifall.)

**Katt-Vehr-Land**: Er sei von lauter Zentrumskleuten hergeschickt. Obwohl er seit acht Jahren dieselbe Sorte arbeite, betrage sein Jahresverdienst nur 520 Mark. (Hört!) Seine Frau verdiene noch 120 Mark als Näherin dazu. Sie hätten sechs Kinder und seine Frau müsse oft bis 11 und 12 Uhr auf den Beinen sein. (Großer Beifall.) Wenn Frhr. v. Stengel meine, vom Tabak sei noch was zu holen, dann möge er zu ihm kommen, er werde ihn vierzehn Tage von seinem Lohne in Kost nehmen. Dann werde dem Staatssekretär wohl das Steuer machen verzeihen. (Stürmische Heiterkeit.)

**Kiesel-Berlin** erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 248 Orte durch 191 Delegierte vertreten.

Die Debatte geht allodam weiter. **Klement-Breslau** entwirft ein trübes Bild von der Lage der Tabakarbeiter in Schlesien, Posen und Westpreußen. Die Tabakarbeiter wurden vielfach so elend bezahlt, daß z. B. in einer bekannten Fabrik in einer westpreussischen Stadt notorisch verschiedene Mädchen der Prostitution anheim gefallen seien. Die Lage der Breslauer Zigarettenarbeiterinnen sei auch äußerst traurig. Er kenne einen Tabakarbeiter, der vier Kinder habe und nur acht Mark pro Woche verdiene. (Beifall.) So sei die Lage vieler schlesischer Tabakarbeiter. Ein und derselbe Mann diene der ganzen Familie als Arbeits-, Wohn-, Schlafraum und als Küche. (Hört! hört!) **Bensch-Striegau**: Wenn die Tabakarbeiter Ministergehälter hätten, würden sie die Mehrbelastung auch ebenso leicht wie die Herren Staatssekretäre hinnehmen. (Heiterkeit.) Die Regierung jammere über die Zunahme der Sozialdemokratie. Aber sie züchte doch gerade Sozialdemokraten. (Sehr wahr!) Wenn die Herren Regierungsvertreter einen Monat in der Haut eines Tabakarbeiters stecken würden, wären sie nicht Sozialdemokraten, sondern Anarchisten. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.)

Um 7 Uhr werden dann die Verhandlungen auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

## Aus Industrie und Handel.

**Das Vorpiel. Enorme Steigerung des Getreideimportes** — Anzeichen der Preise, das ist das verheißungsvolle Vorpiel zu der Wirkung der neuen Handelsverträge. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes belief sich in den letzten zwei Jahren in der Periode vom 1. August bis 15. Januar die Einfuhr bei Weizen auf 10 623 990 Doppelzentner resp. 14 514 829 Doppelzentner, bei Roggen auf 2 084 337 Doppelzentner resp. 4 274 459 Doppelzentner. Die Ausfuhr stellte sich auf 2 015 968 Doppelzentner resp. 1 492 983 Doppelzentner bei Weizen und auf 2 236 351 Doppelzentner respektive 841 681 Doppelzentner bei Roggen. Demnach betrug der Ausfuhrüberschuß bei Weizen 1904/05 rund 8½ Millionen Doppelzentner, 1905/06 aber 13 Millionen Doppelzentner. Und einem Mehr der Ausfuhr von 171 964 Doppelzentnern im Jahre 1904/05 bei Roggen steht für die letzte Periode ein Ausfuhrplus von 3 432 778 Doppelzentnern gegenüber.

Es werden große Lager aufgefüllt, für welche man einen ordentlichen Bruch hoffen darf aus der Differenz zwischen den alten und den neuen Zollfüßen, die 20 M. pro Tonne ausmacht. In bergangener Woche zogen die Preise bereits um 4 M. an. Je mehr wir dem nächsten agrarisch nationalen Glanztag, dem 1. März näher kommen, desto entschiedener wird die Preissteigerung dem Say von 20 M. nahe kommen. Festtaffel, Silberhochzeit, Festpreise für Fleisch und Getreide. Und vor 10 Jahren hörten wir das Lob über die rettende Tat Capribis! Vieles hat sich bereits geändert: die Begehrlichkeit des Junkertums ist geblieben und die Empörung der Masse wächst.

**Deutschlands Außenhandel im Jahre 1905.** Nach dem vom kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebenen Nachweise über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebietes betrug im abgelaufenen Jahre: Die Einfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 54 804 503 gegen 48 886 316 und 47 033 848 in den beiden Vorjahren, daher mehr 5 418 187 und 7 270 655. Edelmetalleinfuhr: 1398 gegen 1398 und 1284. Die Ausfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 40 367 019 gegen 38 855 405 und 38 280 816 in den beiden Vorjahren, daher mehr 1 711 614 und 2 286 203. Edelmetallausfuhr: 504 gegen 332 und 355. Am stärksten ist die Vermehrung der Einfuhr bei Getreide und anderen Landbauernzeugnissen (+ 177 Millionen Mark), ferner bei Material- usw. Waren (+ 74 Millionen Mark), Kohlen (+ 35), Häuten und Fellen (+ 30). Das eingeführte Getreide und die anderen Landbauernzeugnisse hatten einen Wert von 1183 Millionen Mark, fast ein Sechstel der Gesamteinfuhr. Der im wesentlichen nach den Vorjahreswerten berechnete Wert der Ausfuhr in Millionen Mark: 3683 gegen 3315 und 3180 in den beiden Vorjahren, daher mehr 377 und 562 Millionen Mark. Edelmetallausfuhrwert: 107 gegen 98 und 116. Ein- und Ausfuhrwerte betragen im Spezialhandel des Jahres 1905 zusammen 12,7 Milliarden Mark gegen 12,2 und 11,5 Milliarden Mark gegen die beiden Vorjahre gleich mehr 4,6 und 11,2 Prozent. Veränderungen in den endgültigen Werten werden sich zwar ergeben, immochin aber wird sich auch eine erhebliche Zunahme des gesamten Außenhandels zeigen. An Rohstoffen für gewerbliche Zwecke wurden eingeföhrt: für 3170 Millionen Mark, ausgeführt: für 1330 Millionen Mark; an bearbeiteten Waren: für 1285 Millionen Mark eingeföhrt und für 3745 Millionen Mark ausgeführt; an Nahrungs- und Genussmitteln, Vieh wurden eingeföhrt für 2275 Millionen Mark, ausgeführt: für 510 Millionen Mark. Besonders bemerkenswert ist die Steigerung der mit Einfuhrschein beglienen Zollbeträge im abgelaufenen Jahre. Nach S. 221 des Dezemberheftes wurden 38,5 Millionen Mark Zoll gegen 27,8 und 10,1 Millionen M. in den beiden Vorjahren auf diese Weise an-gerechnet. Gegen 1903 hat sich also die Anrechnung mit Einfuhr-scheinen mehr als verdoppelt.

**Konjunkturstimmung.** Der Braunkohlen- und Brikettverkaufsbereich in Adn reizt seine Mitglieder zu umfangreichen Betriebs-erweiterungen an, indem er schon jetzt die Erhöhung der Verteilungs-ziffer von 2 675 000 Tonnen auf 4 000 000 Tonnen pro Oktober 1907 ankündigt. Wird die Konjunktur mittlerweile wieder schlechter, dann werden manche der weniger kapitalstarken Werke, die sich durch Betriebsweitererungen belastet haben, von dem jetzt erhofften Segen wenig zu spüren bekommen.

**Gegen Tabak- und Biersteuer.** Die Bollversammlung der Handelskammer zu Berlin sprach sich in der Sitzung vom 26. d. M. im Gegenlag zu dem Beschluß des Ausschusses des Deutschen Handelstages vom 18. Januar cr. auf neue gegen eine Erhöhung der Abgaben auf Bier und außerdem gegen eine Erhöhung der Abgaben auf Tabak und Tabakfabrikate, einschließlich Zigaretten, aus und beschloß, ihre Delegierten zur Bollversammlung des Deutschen Handelstages am 19. und 20. Februar d. J. anzuweisen, in Lebereinstimmung mit der Stellungnahme und den Eingaben der Kammer an den hohen Reichstag gegen die vom Ausschuss des Handelstages vorgeschlagene Resolution, soweit sie auf die oben bezeichneten Abgaben bezug hat, zu stimmen. Die Eingabe, in der die Handelskammer sich für Ablehnung der Biersteuererhöhung ausdrückt, ist dem Reichstage bereits überreicht worden. Bezüglich der vorliegenden Tabaksteuer-Vorlagen beschloß die Handelskammer eine Eingabe, in der die Gründe der Ablehnung dargelegt werden.

**Einen schönen Rang.** Am 27. Januar waren in Amsterdam die Aktionäre der Holländischen Hypothekbank, dessen zwei Direktoren, die Freiherrn Le Febvre de Montigny und de Geer, hinter Schloß und Riegel sitzen, versammelt. Der Präsident des Aufsichtsrates





# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 24. Dienstag, den 30. Januar 1906.

Inserate Sechsgelaltene Kolonelleile 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Zur Lokalliste!** In Spandau steht das Lokal „Fürstehof“, Seegerstraße 54/55, der Partei und Gewerkschaften zu allen Versammlungen zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.  
Die Lokalkommission.

**Schöneberg.** Heute, Dienstagabend, findet im Obstischen Saale, Reiningersstr. 8, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Rosenbüch: Die neuen Steuerentwürfe. — Da in dieser Versammlung die Neuwahlen des Vorstandes und der Funktionäre vorgenommen werden, so ist es Pflicht der Mitglieder zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

**Schmargendorf.** Dienstag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Sansouci, Ruhlaerstr. 20/21, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt. Die wichtigsten Tagesordnungen halber hat jeder Genosse pünktlich zu erscheinen.

Sollten Genossen die Wählerlisten noch nicht eingesehen haben, ist es Zeit sich darum zu kümmern. Wenn die Zeit nicht gegeben ist, selbst nach dem Rathaus zu gehen, wende sich an die Genossen Julius Rogatti, Ruhlaerstr. 20/21, oder Otto Barowski, Darnesländerstr. 6.  
Der Vorstand.

**Rowaves-Neuendorf.** Am Dienstag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung für Neuendorf bei Junger, Großbeerenstr. 100. Tagesordnung: Die bevorstehenden Gemeindevahlen. Referent: Stadtv. Obst-Schöneberg. Freie Aussprache wird jedem gestattet. — Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins findet am Mittwoch, den 7. Februar, im Lokal des Herrn Schmidt, abends 8 1/2 Uhr, statt. Der Vorstand.

**Jessen.** Für die am vorigen Mittwoch aufgelöste Wahlvereinsversammlung findet diesen Mittwoch, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Flora“ eine Versammlung statt.

## Vorort-Nachrichten.

### Parteiengenossen!

Heute ist der letzte Tag, an dem die Wählerlisten zu den im März stattfindenden Gemeindevahlen ausliegen. Wer seiner Pflicht, die Listen einzusehen, noch nicht genügt hat, muß dies im Laufe des heutigen Tages tun oder einen bekannten Parteiengenossen an Orte mit der Einsichtnahme beauftragen. Versäume niemand diese Pflicht der Einsichtnahme! Wer nicht in die Liste eingetragen ist, kommt am Wahltag um sein Wahlrecht!

### Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung wird sich am nächsten Mittwoch u. a. mit einer Vorlage des Magistrats betr. die Bewilligung von 1000 M. an den Hilfsausschuß für die notleidenden Deutschen in Rußland beschäftigen. Außerdem wird der zur Prüfung der Magistratsvorlage betr. die Spende zur silbernen Hochzeit des Kaiserpaars eingesetzte Ausschuß Bericht erstatten. Der Ausschuß beantragt im wesentlichen die Annahme der Magistratsvorlage, d. h. die Ueberlassung eines städtischen Grundstücks an die Stiftung zur Begründung einer Waisenanstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Nur wird Zustimmung zu einer etwaigen Umwandlung des Zweckes der Stiftung nicht vom Magistrat allein, sondern von ihm gemeinsam mit den Stadtverordneten erteilt werden müssen. — Die übrigen Vorlagen sind belanglos.

### Schöneberg.

#### Die Stadtverordneten-Stichwahl

Im zweiten Bezirk findet heute von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr statt. An die Wähler dieses Bezirks richten wir daher nochmals dringende Aufforderung, auf jeden Fall von der Ausübung ihres Wahlrechtes Gebrauch zu machen und für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Den bürgerlichen Parteien, die vereint den Kampf gegen uns aufgenommen haben, muß jede Aussicht auf einen Erfolg in der dritten Abteilung genommen werden; es muß ihnen gezeigt werden, daß die große Masse der Bevölkerung hinter uns steht. Wenn auch durch den Ausbau dieses Stadtteiles unsere Stellung in diesem Bezirk ungünstiger geworden ist, so können wir trotzdem mit Leichtigkeit den Sieg davontragen, wenn ein jeder Arbeiter sich seiner Pflicht bewußt ist und seine Stimme mit in die Waagschale wirft.

Die letzten Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung haben bewiesen, welcher Geist sich jetzt in diesem Parlament breit macht, und wie nötig es ist, daß die Willkürherrschaft des Hausagartierums gebrochen wird. Wenn früher wenigstens noch auf klaines Entgegenkommen der bürgerlichen Mehrheit gerechnet werden konnte, so scheint der letzte Mandatszuwachs, den wir zu verzeichnen hatten, gewisse tonangebende Herren ganz aus dem Häuschen gebracht zu haben. Man fürchtet den Einfluß, den die Sozialdemokratie in zukünftiger Zeit auf die bauliche Entwicklung Schönebergs auszuüben im Stande sein wird und der angeblich für den vornehmen Charakter unserer Stadt verhängnisvoll werden könnte.

Die Arbeiterklasse hat also alle Ursache, die Augen offen zu halten und dem Treiben dieser Herren ein Halt zu gebieten. Zuge deshalb ein jeder am heutigen Tage seine Schuldigkeit. Laßt sich niemand durch irgend welche Gründe von der Ausübung seines Wahlrechtes abhalten und gebe jeder seine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie: Restaurateur Ernst Döb.

Das Wahllokal befindet sich im Restaurant „Bürgerheim“, Frankfurterstr. 11 (früher 70).

Berge alle niemand sich mit der nötigen Legitimation zu versehen.

### Rixdorf.

Mit der Einrichtung einer Pensionskasse und einer Wittwen- und Waisenerziehung der hiesigen Arbeiter und nichtpensionfähigen Beamten beschäftigte sich die zu diesem Zweck eingesetzte Kommission. Das bereits bei der vorjährigen Stadtratung auf Anregung der sozialdemokratischen Vertreter vom Magistrat angegebene Verpfändungslokal scheint also endlich eingelöst zu werden. Ausgeschlossen von dieser Versorgung sollen alle nur arbeitend beschäftigten und über 45 Jahre beim Dienstantritt allen Personen sein. In Summa beschäftigt die Stadt bis jetzt 571 nichtpensionfähige Angestellte und Arbeiter. Beim Dienstantritt

über 45 Jahre alt waren 40 Personen, nebenbei beschäftigt circa 100 Personen, in Summa 200, so daß als in Zukunft pensionsberechtigt circa 370 Personen übrig bleiben. Von der Versorgung will der Magistrat speziell ausgeschlossen haben: die Diätäre, das Schwächernpersonal im Krankenhaus, die einem bestimmten Orden angehören, die Laternenwärter, die Reinigungsfrauen in den verschiedenen Instituten und die Desinfektierer, die bisher noch selbständige Gewerbetreibende sind; wegen Alters sind hauptsächlich die Wächter, Parkarbeiter und Sprengwagenführer ausgeschlossen, die meist schon invalide sind, wenn sie in den Dienst der Stadt treten.

Von den sozialdemokratischen Vertretern wurde zunächst der Antrag gestellt, den hiesigen Arbeitern einen Rechtsanspruch auf die Pension und die Rentnerversorgung zu gewähren. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiter entsprechend ihren Fähigkeiten genau so wichtige Dienste der Stadt leisten, wie die Beamten, und dementsprechend die gleichen Rechte haben müßten. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt und noch die Motivierung hinzugefügt, daß bei den jetzigen Rindungsverhältnissen der Arbeiter das klagbare Recht doch nutzlos wäre. Ein Antrag der Sozialdemokraten, bei dieser Gelegenheit auch gleich die Rindungsverhältnisse der Arbeiter zu regeln und generell nur dem Magistrat das Rindungsverrecht einzuräumen, wurde gleichfalls abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß in einer demnachst auszuarbeitenden allgemeinen Arbeitsordnung diese Dinge Berücksichtigung finden sollten. Der Entwurf zu dem Statut über die Pensionskasse und die Rentnerversorgung ist dem Berliner sehr ähnlich und enthält einige Verschlechterungen für die Arbeiter. So sind in Berlin Personen, die im Alter von über 50 Jahren in die Verwaltung eintreten, von der Pensionberechtigung ausgeschlossen. Für Rixdorf ist das 45. Lebensjahr beim Eintritt schon die Höchstgrenze der Rechte auf Pension. Ein Antrag der Sozialdemokraten, auch für Rixdorf die Altersgrenze auf 50 Jahre hinaufzurücken, wurde natürlich abgelehnt. Das Ruhegeld beträgt, wie in den meisten Städten, nach 10 Dienstjahren der völligen Arbeitsunfähigkeit 15 Sechstel des Durchschnittsjahresverdienstes und steigt pro Jahr um 1 Sechstel bis zum Höchstbetrag von 45 Sechstel. Für die Berechnung des Ruhegehaltes ist der Verdienst der letzten 5 Jahre maßgebend. Um zu vermeiden, daß Personen, die wegen verringerter Erwerbsfähigkeit aus einer schwereren gutbezahlten in eine leichtere schlechter bezahlte Stellung versetzt werden, die Pension nicht gesmälert wird, sieht der Entwurf für diese Personen die Bestimmung vor, daß für die Berechnung des Ruhegehaltes der Durchschnittsverdienst maßgebend war, bevor der Arbeiter in die schlechter bezahlte Stellung und Tätigkeit einrückte.

Das Wittwengeld beträgt 40 vom Hundert des Ruhegeldes, das der Verstorbenen bezogen hat oder bezogen haben würde, wenn er am Todesstage in den Ruhestand versetzt worden wäre.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde auch ein Sterbegeld, das in dem Entwurf fehlte, in der Form festgesetzt, daß während der ersten zwei Monate nach dem Tode die Wittwenbezüge verdoppelt werden. Das Wittwengeld beträgt für eheliche oder durch die Ehe legitimierte Kinder unter 15 Jahren, deren Mutter lebt und Wittwengeld erhält, ein Fünftel des Wittwengeldes, deren Mutter nicht lebt oder Wittwengeld nicht erhält, ein Drittel des Wittwengeldes für jedes Kind. Es folgen dann noch Beschränkungen des Wittwengeldes, wenn die Frau mehr als 15 Jahre jünger ist als der Mann, und wenn die Ehe mit dem Verstorbenen 8 Monate vor seinem Ableben geschlossen ist. Es gelang den Sozialdemokraten nicht, diese Beschränkungen zu beseitigen. Zu einer lebhaften Debatte kam es über einen nicht unwichtigen Passus, der im Berliner Statut vorhanden ist, im Rixdorfer Entwurf aber merkwürdigerweise fehlt. Dieser lautet: „Verlagt der Magistrat die Bewilligung von Ruhe-, Wittwen- und Waisengeld, so ist der Stadtverordnetenversammlung davon Mitteilung zu machen.“ Die bürgerlichen Stadtverordneten waren trotz eifriger Bemühens der Sozialdemokraten nicht dazu zu bewegen, diesen Passus aufzunehmen. Augenblicklich fürchten sie also für solche Fälle die Kritik der Öffentlichkeit. Ruhen tut das freilich auch nichts, denn für diese Eventualität steht ja auch den Stadtverordneten das Recht einer Interpellation oder eines Antrages zur Verfügung.

Dieser Entwurf soll nun demnachst der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden; hoffentlich läßt die völlige Erledigung dieser wichtigen Angelegenheit nicht lange auf sich warten, denn zweifellos bringt der Entwurf, wenn er auch eine Reihe Unvollkommenheiten und Mängel an sich hat, für einen Teil der Arbeiter und nichtpensionfähigen sonstigen Personen, die im Stadtdienst beschäftigt sind, eine gewisse Verbesserung ihrer Lage für den Fall der Erwerbsunfähigkeit und für die Hinterbliebenen für den Fall des Todes des Ernährers. Es wird Sache der sozialdemokratischen Stadtverordneten sein, auf Grund dieses ersten Anfanges einer sozialen Fürsorge der Stadt für ihre Angestellten nach und nach weitere Forderungen zur Besserung der Lage der Arbeiter zu stellen.

### Tempelhof.

Ein äußerst schwieriges Rettungswerk vollbrachte vorgestern der ehemalige Eisenbahnbeamte Gustav Geist aus der Bergstr. 16 in Mariendorf. Auf einem Gewässer in Tempelhof hatte sich ein Knabe auf die dünne Eisschicht hinaufgewagt und war eingebrochen. Durch das laute Jammergeschrei des Gefährdeten aufmerksam gemacht, eilte G. sofort zur Rettung herbei. Vorsichtig riefte er auf der gefährlichen Eisdede der Unfallstelle zu. Kaum war der Retter jedoch dort angelangt, so brach er selbst ein. Mit größter Geistesgegenwart ergriff G. den inzwischen bestmüßlos gewordenen Knaben und schob ihn vor sich her. Noch zweimal brach der mutige Retter mit dem Kinde auf dem Eise ein, ehe es ihm glückte, das Land zu erreichen. Nun brachte G. erst den Knaben zum Bewußtsein zurück und eilte dann nach seiner Wohnung, wo er sich auf das Krankenbett legen mußte.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Von der Wahlerversammlung vom 20. Januar 1906 ist kurz zu erwähnen, daß 18 Neuaufnahmen vollzogen wurden. Es wurde beschloffen, Trebbin in Bezirke einzuteilen, und zwar 4 Stadt- und 2 Landbezirke, und wurde die Einteilung dem Vorstand überlassen. Vom Vorliegenden wird bedauert, daß sich immer so wenig Genossen finden, um die Flugblätter zu verbreiten, was wohl nur aber durch die Bezirksanteile besser werden wird. Es wurden noch verschiedene interne Angelegenheiten erledigt. — Die nächste Versammlung findet am 17. Februar 1906 statt.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung vom 25. Januar 1906, am Abend 18 Stadtverordnete. An Stelle des ausgeschiedenen Ratmanns T. Köppen wird der Stadtv. Standfuß mit 9 Stimmen gewählt. — Der Anschaffung eines Hydranten-Schlanchwagens mit sämtlichem Zubehör für 670 M. wird nach kurzer Debatte zugestimmt. Der Schlanchwagen soll in der Nähe des Bahüberganges untergebracht

werden. Die 7740 M. durch Umzug entstandenen Kosten werden auch bewilligt. — Die Straßenbaukommission ersucht um Neubewilligung von 400 M. zu der Staatsüberführung. Der Vorsteher begründet die Ueberführung, nur hätte es die Kommission unterlassen, der Versammlung vorher darüber Mitteilung zu machen. Genosse Tiebuß gibt seiner Verwunderung Ausdruck, wie überhaupt solche hohe Ueberführungen (schon einmal sind 600 M. bewilligt worden) ohne Wissen der Versammlung gemacht werden können, es sei doch nur Klarheit gemacht, da in einiger Zeit doch noch einmal an derselben Stelle (auf dem Wege nach Köpendorf) angefangen werden müsse. Die Summe wird bewilligt. — Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Verwendung von Pflastersteinen der Armenkasse an Wittow und Waisen; der Erlös der letzten Holzauktion beträgt 5160 M. — Die Prüfung der Jahresrechnungen der Rammerei- und Wasserwerkstoffe wurde in voller Richtigkeit befunden. — Im Anschluß an die Versammlung gibt der Bürgermeister Bericht über die Verhandlungen des Brandenburgischen Städtetages. —

### Notawes.

In der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung brachte der Amtsvorsteher ein Schreiben des Unternehmers B. Michaelis zur Kenntnis, in welchem derselbe gegen die nochmalige Ausschreibung der Abbrucharbeiten des alten Anabenschulhauses in der Prieserstraße Protest erhob. Das Höchstgebot bei der ersten Ausschreibung wurde von einem Berliner Unternehmer mit 850 M. abgegeben, während sich das Gebot des Herrn Michaelis auf 625 M. belief. Da nun der Berliner Unternehmer nicht auffindbar ist, so beantragt M. den Zuschlag. Der Amtsvorsteher bemerkt hierzu, daß die nochmalige Ausschreibung deshalb erfolgt sei, weil das niedrigste Angebot unter der Tage der Regierung geblieben sei, zu der die Gemeinde das Gebäude übernommen habe, der Selbstpreis also aus der Gemeindefasse ersetzt werden müsse. — Einem Angebot von Pflastersteinen seitens der Firma Koch-Schöneberg, pro Quadratmeter 3,40 M., gibt die Vertretung ihre Zustimmung, da der Preis ein annehmbarer ist. — Bei der Beratung eines neuen Ortsstatuts für die gewerbliche Fortbildungsschule regt Genosse Grub an, die Unterrichtszeit, welche jetzt 7 Uhr abends beginnt, auf eine frühere Tageszeit zu verlegen. Der Gemeindevorsteher ersucht, diesen Antrag vorläufig zurückzuziehen, bis und die Räume der früheren Besetzschule, in welchen bis zur Vollendung des neuen Schulhausbaus in der Prieserstraße einige Volksschulklassen untergebracht sind, vollständig für die Zwecke der Fortbildungsschule zur Verfügung stehen; es solle dann die Unterrichtszeit für verschiedene Gewerbe, Wäcker, Schlächter usw., anders geregelt werden und könnte damit der Antrag Grub verbunden werden. Der Antragsteller erklärte sich damit einverstanden. — Wegen Ueberfüllung der Anabenschule (die Klassenfrequenz schwankt zwischen 48 und 67 Schüler) bewilligt die Vertretung die Mittel zur Errichtung einer neuen Klasse und Anstellung einer Lehrkraft zum 1. April. Da bei der nächsten Einschulung auch in der Mädchenschule dasselbe Verhältnis eintreten wird, erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß dann auch für diese Schule zum 1. Oktober eine neue Klasse eingerichtet und eine weitere Lehrkraft angestellt wird.

Die Wählerliste für die diesjährige Gemeindevorsteherwahl bildet einen interessanten Beitrag zu dem Kapitel über das Dreiklassenwahlrecht. Die Gesamtstimmernummer, nach der gewählt wird, beträgt 130 601 M. Die Klassenanteile der Wähler ist folgende: Es dürfen wählen in der ersten Klasse 60, in der zweiten Klasse 343 und in der dritten Klasse 2081 Steuerzahler. Und angeführt solcher Zahlen gibt es noch Leute, die da behaupten, der Arbeiter sei rechtlos in Preußen!

### Ober-Schönebeide.

Die Ruffenliste Nr. 284 mit 4,20 M. ist verloren gegangen. Dieselbe ist anzuhalten und abzuliefern beim Kassierer des Wahlvereins Burgschot, Sternstraße 8 I.

### Trebbin.

Nachwehen der Stadtverordnetenwahlen. Der Zimmermann S. Schöneke, Mitglied des Landwehrvereins Trebbin, wurde, weil er r o t gewählt hat, aus dem Verein ausgeschlossen. Selbiger hat 24 Jahre lang pro Monat 35 Pf. treu und brav seine Beiträge abgezahlt, um das seine Frau beim Tode ihres Mannes 100 M. ausgezahlt bekommen, aber der mächtige Arm des Vorliegenden machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Vorsigender des Vereins ist der allbekannte Bauunternehmer Haale, welcher auch Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung ist. Es sei dies eine Warnung für die Arbeiter, die noch dem Verein angehören, treten lieber gleich jetzt aus, als daß ihr Geld nachher hinauswerfen laßt.

## Berliner Nachrichten.

Die neuen Halb-Markstücke werden von Falschmützern bereits nachgemacht und anscheinend in größeren Mengen in Umlauf gebracht. Die Veranschlagung dieses Falschmützes ist für Falschmützer um so leichter, als die Kaufleute bei derartigen kleinen Werten anscheinend nicht genügend Sorgfalt und Aufmerksamkeit anwenden. Die Ausführung der Falschmütze, von denen mehrere an öffentlichen Stellen in letzter Zeit angehalten worden sind, ist gut und die Prägung scharf. Hierdurch erscheinen die Falschmütze weniger auffällig, da auch die echten Halb-Markstücke noch nicht abgemünzt sind und eine scharfe Prägung aufweisen. Die Falschmütze sind aus einer Alu-Verbindung hergestellt, sind in der Farbe eine Schattierung dunkler als die echten Münzen und fühlen sich fettig an.

Von den letztjährigen Weihnachtsdrücken: Fritz Reuters illustrierte Werke in zwei Bänden gebunden für 3 M., und „Der Gesundheitschutz“ von Emanuel Burm ist noch eine kleine Anzahl im Lager, die unsere Expedition, soweit der Vorrat reicht, zu obigen Preisen an unsere Leser abgibt.

Der Fopfabneider ist am Samstag gefaßt worden. Auf dem Opernplatz sahen zwei Kriminalbeamte von der Sonderpatrouille, wie ein junger Mann sich auffallend an ein kleines Mädchen mit einem langen Fopf herannahm. Sie beobachteten ihn eine Weile und griffen zu, als er gerade in der linken Hand den Fopf hielt und in der rechten eine haarstarke Schere, um ihn abzuschneiden. Während der eine Beamte den Namen des ahnungslosen Mädchens feststellte, brachte der andere den Getroffenen nach der nächsten Revierwache. Hier wies er sich durch seine Karte aus als ein 22 Jahre alter Student der Schiffbauakademie Robert S. Der junge Mann war ganz verblüht und ließ sich willig abführen und der Kriminalpolizei überliefern. Seinen Angaben nach stammt er aus Valparaiso und studiert im vierten Semester an der Technischen Hochschule. Seine Eltern leben jetzt in Hamburg. Zum Geburtstag des

Kalkers war er besonders von Charlottenburg nach Berlin gekommen, um in dem Gedränge eine Gelegenheit zu suchen. Eine Hausführung, die in seiner Charlottenburger Wohnung sofort vorgenommen wurde, förderte noch 31 Köpfe und eine Menge Loden weniger langer Mädchenhaare zutage. Es gab zu, daß er sie alle heimlich den Trägerinnen abgeschnitten habe. Die Köpfe, die er von Zeit zu Zeit auf- und wieder zuschloß, bewahrte er in seinem Schreibtisch auf. Um jeden hatte er ein Bündchen gebunden, das Tag und Datum des Abscheidens trug. Ueber den Beweggrund zu dem seltsamen Treiben befragt, gab er an, daß es eine geschlechtliche Pervertität sei. Schon als Terzianer habe er seiner Schwester den Kopf abgeschnitten. Trotz seines Ausweises als Student wurde S. mit Rücksicht auf die Veinträchtigung, die sein Beginnen seit langem verursacht hat, gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

### Verständigung der Großen Berliner?

Gestern mittag fand im Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Rischner eine Sitzung des Ausschusses zur Vorbereitung des belanuten Untertunnelungs-Projektes der Großen Berliner Straßenbahn statt. An der Sitzung nahmen außer den Vertretern Berlins noch Vertreter von Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf, Wilmersdorf, Lichtenberg, Tegel, Tempelhof, Steglitz usw. teil. Es wurde beschlossen, eine Gemeinschaft zu gründen mit dem Endziel, die Große Berliner Straßenbahn und die mit ihr verbündeten Unternehmen zu erwerben, erweitern, betreiben und auszubauen. Es wurde zu diesem Zweck eine Kommission aus fünf Mitgliedern der verschiedenen Gemeinden gewählt und beauftragt, die Grundlage usw. für diesen Plan zu schaffen. Gleichzeitig will man die Frage prüfen, ob die Streitfragen zwischen der Großen Berliner Straßenbahn und den einzelnen Gemeinden (das Erwerbsrecht usw.) durch einen alsbald anzustellenden Prozeß geklärt werden sollen.

Ein schweres Baumglück hat sich gestern in Moabit zugetragen. Dort wird in der Veusselstr. 440 ein Fabrikgebäude für die Gebrüder Bauer errichtet. Die Arbeiten sind bis zum Aufstellen des Daches gediehen. Die mittleren Dachbinder, die eine Spannweite von 8-10 Meter haben, sind zum Teil aufgestellt, welche Arbeit von der Firma in eigener Regie durch Holzarbeiter ausgeführt wird. Als gestern nachmittag gegen 3 Uhr mehrere Arbeiter dabei beschäftigt waren, schlugen die Dachbinder um, mehrere Arbeiter mit sich in die Tiefe — etwa 10 Meter — reichend. Mehrere Leute, welche zu gleicher Erde gearbeitet hatten, wurden von den Trümmern, die aus einer Höhe von etwa 20 Meter herabgestürzt waren, getroffen. Sechs Arbeiter waren im ganzen bei dem Unglück zu Schaden gekommen. Sie wurden sofort von den anderen Kollegen aus den Trümmern befreit und mehrere Ärzte, welche alarmiert wurden, nahmen sich der Verletzten an der Unfallstätte an. Vier hatten schwere Verletzungen, Beinbrüche, Armbrüche und innere Verletzungen davongetragen. Es waren dies die Arbeiter Koch, Strenz, Binger und Hamel. Sie wurden im Krankenwagen nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Zwei der Verunglückten waren mit leichteren Verletzungen davongekommen, und sie erhielten die ersten Nothverbände in der Unfallstation in der Huttenstraße. Der Materialschaden, welcher durch die Katastrophe entstand, ist ein recht beträchtlicher.

Beim Einsturz eines Daches schwer verunglückt ist am Sonnabendabend der 33jährige Arbeiter Karl Spengler, der bei einem Abbruch von Siemens u. Halske in der Charlottenstraße tätig war. Er war während der Arbeit beim Einstürzen einer Decke mit in die Tiefe gerissen worden und mußte mit erheblichen Verletzungen nach der Unfallstation in der Huttenstraße gebracht werden, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde.

Lebensgefährlich verbrannt wurde in der Sonntagsnacht der 56jährige Schneidermeister Albert Giese aus der Admiralsstr. 180. Als er früh 1/2 Uhr von seiner im ersten Stock des Energiegebäudes belegenen Wohnung aus mit einer brennenden Petroleumlampe die Treppe hinabstieg, um das Klosett aufzusuchen, glitt er aus, wobei ihm die Lampe entfiel und explodierte. Er selbst stürzte mitten in das Feuer hinein und zog sich dabei im Gesicht und an den Händen so starke Brandwunden zu, daß er in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus Am Urban geschafft werden mußte.

Ein großer Fabrikbrand beschäftigte die Feuerwehr in der Sonntagsnacht in der Mühlensstraße 73. Er kam im vierten Stock des rechten Seitenflügels aus, wo die Berliner Woll- u. Fascherei, G. m. b. H., ausgedehnte Trocken- und Lagerräume besitzt. Anscheinend war das Feuer durch Kurzschluß im Trockenräume entstanden und hatte sich hier in kurzer Zeit so verbreitet, daß bei Anbruch der Feuerwehr der ganze Raum brannte. Da sich das Hauptlager im fünften Stock befand, galt es für die Feuerwehr, ein Ueberbrücken der Flammen nach dort zu verhüten und das Feuer zu lokalisieren, was auch gelang. Inmitten aber ist der entstandene Schaden ganz beträchtlich. Der erst vor einigen Jahren mit den neuesten Einrichtungen und Verbesserungen versehene Trockenraum ist total zerstört, ebenso auch die elektrische Anlage. Es wird daher eine Betriebsstörung von 8-10 Tagen eintreten.

Ein schweres Automobilunglück, bei welchem eine Person getötet und eine verletzt wurde, hat sich in der vergangenen Nacht am Kurfürstendamm ereignet. Der Obsthändler Bahr, Berlinerstraße 36 in Wilmersdorf wohnhaft, war mit seiner Frau und seinem Bruder in Solenise zu einem Vergnügen gewesen, und nachts fuhren die drei auf dem Heimwege in einem Automobil, welches dem hiesigen Fabrikunternehmer Piehn gehört. Geführt wurde der Kraftwagen durch den Chauffeur Hummel, der bei der erwähnten Firma angestellt war. Auf dem Kurfürstendamm, in der Nähe der Uhlandstraße, verlagte plötzlich der Benzinmotor, und da sich das Automobil in schnellster Fahrt befand, überschlug es sich vollständig. Die drei Fahrgeister wurden in weitem Bogen auf den Fahrdamm geschleudert, während der Chauffeur unter dem Wagen begraben wurde. Als man das Automobil wieder hochgehoben hatte, konnte Hummel nur noch als Leiche hervorgezogen werden. Ein Genick- und ein Schädelbruch hatte den Bedauernswerten auf der Stelle getötet. H. hinterläßt Frau und Kinder. Der Obsthändler B. hatte bei dem Sturz Querschunden erlitten und fuhr mit seinen Angehörigen nach der Unfallstation am Zoologischen Garten. Der Schreck über den Unglücksfall war den Dreien so in die Glieder gefahren, daß sie längere Zeit kein Wort herbeizubringen vermochten.

Bei der Arbeit verunglückt. Gestern vormittag lud der 74jährige Arbeiter Wilhelm Knobel aus der Hagenauerstr. 11, der sich bei der Firma Ravensöhne, Siedingenstr. 16/17, in Stellung befindet, mit mehreren Kollegen zusammen eiserne Träger vom Wagen ab. Während seine Mitarbeiter das eine Ende eines solchen Trägers zur Erde niederlegten, behielt Knobel das andere Ende in den Händen. Es entglitt ihm und brachte ihm eine schwere Verletzung an der linken Hüfte und eine Quetschung des linken Beines bei. Seine Kollegen trugen den Verunglückten nach der Unfallstation in der Huttenstraße, von wo er nach Anlegung eines Nothverbandes im Krankenwagen nach seiner Wohnung geschafft wurde.

Zwei Kinder durch die Feuerwehr gerettet. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr entstand im Hause Cuvrillstraße 34 Feuerlärm. Aus den Fenstern des vierten Stocks vom Energiegebäude quoll dicker Rauch und zwar aus der Wohnung der Familie Reichert. Als die benachbarte Feuerwehr eintraf, erhielt sie die Meldung, daß in den brennenden Räumen noch Kinder sein müßten. In aller Eile wurde mit der Türöffnung eingeschlagen, worauf ein Feuerwehmann am Boden in die total verqualmte Wohnung drang. Auf sein Rufen erhielt er keine Antwort, und erst nach längerem Suchen fand er

unter dem Sofa zwei Kinder, die dort zusammengekauert bewußlos lagen. Er trug sie ins Freie, wo sie von den Samaritern der Wehr wieder zum Bewußtsein gebracht wurden. Sie hatten wahrscheinlich in der Küche mit Streichhölzern gespielt und hatten dabei den Brand verursacht. In ihrer Angst waren sie dann nach dem angrenzenden Zimmer geflüchtet und unter das Sofa geflohen. Die Eltern der Kinder waren bei dem Vorfall abwesend. Die Küche ist ausgebrannt.

Nochverlesch und Selbstmordversuch auf offener Straße. Vor dem Lehrter Bahnhof schon am Sonntag früh gegen 1/8 Uhr der auf dem Hauptsteuertamt beschäftigte Militärwärter Rudolf Yoralla dem Hauptsteuertambliener Albert Piepenhagen aus Rasche eine Kugel in den Hinterkopf, verlegte ihn schwer und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in das rechte Ohr.

Tödlicher Unglücksfall im Zirkus Busch. Während der vorgestrigen (Sonntag) Abendvorstellung des Ausstattungsstückes „Indien“ wurde der 26 Jahre alte Statist Alfred Baier aus Reinickendorf bei Berlin infolge Fehltretrons so unglücklich zwischen die Bühnenwand des Zirkus und ein bei einer technischen Veränderung an diese herangeführtes Kaskadenstück gequetscht, daß er den erlittenen Verletzungen in kurzer Zeit erlag. B. hatte schwere Quetschungen des Schädels davongetragen; das Verletzen der Halsschlagader führte trotz sofortiger Hilfeleistung von zwei Ärzten und Samaritern der Feuerwehr seinen Tod herbei. Der Verunglückte wurde, vom Publikum unbemerkt, durch eine in der Hinterwand der Bühne befindliche Pforte in die dort belegene Kostümbücherei getragen und auf einen Divan gebettet. Für menschliche Hilfe war es jedoch schon zu spät. Der Unglückliche verschied unter den Händen der Ärzte. Seine Leiche wurde beschlagnahmt.

Personen, welche gesehen haben, daß am Sonnabend, den 20. dieses Monats, abends 9 Uhr, der Arbeiter Karl Baginski aus dem Nordringzuge zwischen Frankfurter Allee und Stralau gestürzt ist oder sonstige Mitteilungen hierüber machen können, werden gebeten, sich mündlich oder schriftlich zu melden bei Baginski, Tegel, Schleierstraße 42, 1 Treppe. Es ist ermittelt, daß ein Knabe von der Angelegenheit etwas gesehen hätte. Die Eltern von dem Knaben bitten besonders darauf aufmerksam zu machen. Unkosten werden vergütet.

Vermisst wird seit Sonntag, den 21. d. Mts., die unberechliche Ida Bohl. Dieselbe zeigte seit einiger Zeit Spuren von Geisteschwäche. Sie ist ungefähr 1,00 Meter groß, dunkelblond, hat braune Augen, schmales, längliches Gesicht. Bekleidet war sie mit schwarzem Rock, ebensolchem gefüttertem Jackett, rottem Hut und schwarzer Kreimergarnitur. Wer über den Verbleib der Vermissten bestimmte Auskunft geben kann, wolle solche gegen Belohnung an Franz, Berlin S. 59, Magbach-Ufer 1, II gelangen lassen.

Vermisst wird seit Mitte September 1904 der Hausdiener Hugo Gilbricht, 6. 2. 84 zu Köpenick geboren. Derselbe war etwa 1,65 groß, schlank, hatte dunkelblondes Haar, blonde Augenbrauen, kleinen Anflug von Schnurbart, niedrige Stirn, blaue Augen, keine Ohren, vollständige Zähne, ovales Kinn, länglich blaßes Gesicht, dünne Hände, grade Beine und Körperhaltung. Bekleidung kann nicht angegeben werden. Nachricht nimmt die Kriminal-Polizei zu 0008 IV. 12. 05 entgegen.

Der Zentralverband der Schmiede schreibt uns: Auf dem Wege von Stralauerstraße nach der Alderstraße ist einem unserer Kollegen ein Arbeiter-Kolossalender 1904 mit folgendem Inhalt verloren gegangen: 27 Uranabstichs und zwar 7 Parzell, 10 zweiter Rang Mittelballon und 10 zweiter Rang, außerdem eine Luftpumpe über abgerechnete Liste für die Vergarbeiter und Bisttenkarten auf den Namen H. Warten. Der ehrliebe Finder wird gebeten, diese Sachen im Bureau des Verbandes der Schmiede, Stralauerstraße 48 abzugeben.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein preussischer Richter als Verbrecher.

Die Strafkammer fällt in dem Prozeß gegen den Landgerichtsrat Blumenberg und Genossen gestern das Urteil. Der Landgerichtsrat wurde wegen mehrfacher Amtsverbrechen, Betrügereien, Unterschlagungen und Arrestbrüche unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 5 Jahren Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt. 6 Monate werden als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet. Wegen Betruges wurde ferner der Mitangeklagte Abraham zu 2 Jahren Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust, der Mitangeklagte Heyner zu 500 M. Geldstrafe verurteilt.

Damit ist das gerichtliche Drama, das viele interessante soziale Streiftücher auf unsere gesellschaftlichen Zustände warf, in erster Instanz beendet. Der jetzt verurteilte Richter hat wiederholt als Vorsigender und Beisitzer in der Deuthener Strafkammer auch in politischen Prozessen gewirkt. Hätte einer der damals Angeklagten vor Gericht wegen der gegen Blumenberg erwiesenen Verbrechen gestanden — schwerlich wäre er vom Zuchthaus verschont geblieben.

Daß ein Richter, der so offenkundig gegen die Strafgesetze Jahre hindurch sich in ehroser Weise verging, als Richter fungieren konnte, ist für unsere Rechtspflege bezeichnend. Ob ein Richter in jenem Bezirk unbehelligt als Richter hätte fungieren können, wenn er ehrlich gewesen, aber als Sozialdemokrat agitiert hätte? Deuthen gehört zum Oberlandesgerichtsbezirk Breslau, dem der jetzige Justizminister vor seiner Ernennung zum Minister als höchster Gerichtsbeamter vorstand.

### Der Markgrafstädter Aufruhr und Landfriedensbruch vor den Geschworenen.

Gestern begann vor der Leipziger Strafkammer eine Verhandlung wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs gegen neun Arbeiter. Im vergangenen Jahre hatte es schon seit längerer Zeit in der Rauchswarenindustrie- und Färberei-Aktionsgesellschaft vorm. Louis Walthers Nachfolger in Markgrafstädt geklirrt, da die Lohnverhältnisse sehr im argen lagen. Die beiden Direktoren Schlotbauer und Schering führten dann ein neues Verfahren in der Färberei und Färberei der Wolle und Welle ein, das angeblich eine Arbeitersparnis von einem vollen Drittel darstellte. Hand in Hand damit ging eine Lohnherabsetzung, so daß es zum Beispiel statt der bisherigen acht Pfennig für ein Kammingestück nur 6 Pf. geben sollte. Alle Vorstellungen der Arbeiter waren vergeblich, und so blieb ihnen denn nichts anderes übrig, als am 21. September die Arbeit niederzulegen und in den Zustand einzutreten. Zwei Tage darauf, am 23. September, schlossen sich den Arbeitern die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen an.

Die Fabrikleitung sah nun auf dem Trodenen. Sie erließ ellenlange Inzerate in den Zeitungen, in denen sie nach Arbeitswilligen schandete, und da sich leider immer solche Leute finden, so gelang es ihr auch, aus Leipzig und Umgebung eine Anzahl zu bekommen, die ihren ausstehenden Arbeitsgenossen, die um bessere Existenzbedingungen kämpften, in den Rücken fielen. Die Leute kamen des Morgens mit der Bahn in Markgrafstädt an und fuhren am Abend wieder zurück. Der Betrieb in der Fabrik konnte notwendig aufrecht erhalten werden. Im Laufe der nächsten Tage kam es zu Reibungen zwischen Ausständigen und den Streikbrechern.

Zum erneuten Zusammenstoß kam es am Abend des 11. Oktober, als sich unter den Ausständigen das Gerücht verbreitet hatte, die Arbeitswilligen hätten sich allerhand Waffen zugelegt, um einem eventuellen Angriffe gewachsen zu sein. Es spielten sich ziemlich Inzidenten voran: H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

erregte Szenen auf der Straße und vor dem Bahnhof ab. Die Polizei griff ein. Es wurden eine Anzahl von „Nabelsührern“ verehrt. Die Staatsanwaltschaft hat aus dem Ganzen eine Haupt- und Staatsaktion gemacht und Anklage wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs erhoben. Die Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuchs, die in Betracht kommen, lauten:

„Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottel und mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewalttätigkeiten begeht, so wird jeder, welcher an dieser Zusammenrottung teilnimmt, wegen Landfriedensbruchs und Gefährdung nicht unter drei Monaten bestraft.“

„Die Nabelsührer sowie diejenigen, welche Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen begangen oder Sachen geplündert, vernichtet oder zerstört haben, werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein.“

Unter Anklage stehen der Kürschner Gustav Emil Kemmich aus Markgrafstädt, der Handarbeiter Franz Heinrich Harnisch aus Köhrens, der Fabrikarbeiter August Max Hoff aus Markgrafstädt, der Schneider Alfred Wilhelm Louis Fritz Jeremias Wridt aus Hamburg, der Fabrikarbeiter Franz Otto Ahnus aus Salschütz, der Maurer Otto Richard Prengel aus Leipzig, der Fabrikarbeiter Reinhold Köhler aus Tendorf, der Metallschleifer Franz Otto Besting aus Pischersdorf und der Kürschner Benzel Grashy aus Wradly.

Ueber den Ausgang des Prozesses, der voraussichtlich 4 Tage in Anspruch nehmen wird, werden wir berichten.

60 Tage unerschuldigt in Untersuchungshaft. Einem Vergehens der Rötigung angeklagt, standen der Maurer Franz Ritter und der Bauhilfsarbeiter Steinbrecher vor den Schranken des Landgerichts Trautheim. Ritter soll während der Wauferre bei Pflastbächer am Schlachthausneubau dem arbeitswilligen Tagelöhner Rischkula gegenüber geäußert haben, wenn er arbeite, werde ihm der Schädel eingeschlagen; keine zwei Stunden arbeite Rischkula, dann werde er vom Gerüste heruntergeschlagen. Rischkula erstattete sofort bei der Gendarmerie Anzeige und fuhr dann bald darauf nach Salzbürg, wo er trotz aller Polizeifähigkeit und Schlaucht nicht mehr zu finden war. Ritter wurde am 21. November v. J. wegen Rötigung verhaftet, obwohl mehrere Zeugen bestätigten, daß nicht Ritter, sondern Steinbrecher die betreffenden Äußerungen gemacht hatte, was dieser selbst zugestand. Dieser Tage erst, bei der durchgeführten Verhandlung, ergab sich Ritters volle Unschuld. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Die Kosten wurden der Staatskasse aufgebürdet. Steinbrecher erhielt drei Tage Gefängnis. So endete die gegen Arbeiter, die nur ihr gutes Recht verfolgten, von Amtswegen eingeleitete Staatsaktion. Ob die Behörden daraus wohl die naheliegende Lehre ziehen werden?

Heilsarmee ein Gewerbebetrieb. Der Anhänger der Heilsarmee Herr Schmuder war von seinem Wohnort Westerland nach Timm gekommen und hatte dort den „Kriegsruf“ der Heilsarmee im Umherziehen feilgeboten. Der erzielte Betrag floß in die Kasse der Heilsarmee und der Ueberfluß über die Kosten der Herstellung war für wohltätige Zwecke bestimmt. Er wurde angeklagt, weil er, ohne im Besitz eines Wandergewerbescheins zu sein und ohne die Haussteuer bezahlt zu haben, außerhalb seines Wohnortes Waren im Umherziehen ohne vorherige Bestellung feilgeboten habe. Das Landgericht Hensburg sprach ihn jedoch frei, weil die Voraussetzungen der Gewerbmöglichkeit fehlte. Der Verkäufer selbst hätte aus dem Vertrieb der Zeitung keinerlei Gewinn gezogen, sondern nur die Heilsarmee, und diese wieder verwende den Ueberfluß aus dem Erlös des „Kriegsrufs“ zu wohltätigen Zwecken.

Das Kammergericht hob jedoch dieser Tage das Urteil auf und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 12 Mark.

Nach dem Haussteuer-Gesetz von 1876 bedürfte eines Wandergewerbescheins und müsse die Haussteuer entrichten, wer außerhalb seines Wohnortes ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vorherige Bestellung in „eigener Person“ Waren irgend einer Art feilbietet. Danach komme es also nicht darauf an, daß man es auch „für eigene Rechnung“ tue. Der feilbietende unterliege der Steuer auch dann, wenn er für Rechnung anderer die Ware feilbietet. Belanglos wäre es deshalb, daß Angeklagter völlig ungewinnlich handelte und der ganze Erlös der Heilsarmee zuzufloß. Entscheidend sei, daß überhaupt dauernder Gewinn erzielt werden solle, wenn auch nur für den Auftraggeber. Mit unrecht gehe bei Verneinung der Gewerbmöglichkeit der Vorbericht davon aus, daß die Heilsarmee den Gewinn zu wohltätigen Zwecken ausgeben werde. Das steht dem Begriff des Gewerbes, des fortgesetzten Erwerbes, nicht entgegen. Gewerbmöglichkeit seitens der Heilsarmee läge nur dann nicht vor, wenn sie durch den Erlös des „Kriegsrufs“ nur dessen Herstellungskosten beden wollte. Daß sie auf Gewinn aussehe, sei aber festzustellen, und daß der Gewinn zu wohltätigen Zwecken verwendet werde, sei gleichgültig.

### Achtung! Athleten-, Kraftturner-, Artisten-, Ringportvereine!

Eine Reihe namhafter Berliner Vereine haben in öffentlicher Versammlung beschlossen, einen Arbeiter-Athletenclub Deutschlands zu gründen. Der Bund hat sich konstituiert und den Unterzeichneten zum Vorsitzenden ernannt.

Wir fordern nun hierdurch sämtliche obenbenannten Sportvereine auf, sich dieser Gründung anzuschließen. Statuten und Materialien liegen zur Verfügung.

Zuschriften sind zu richten an Franz Keller, Berlin O. 34, Torenstraße 2.

Die Arbeiterpresse Deutschlands wird freundlich um Abdruck gebeten.

Bereine und Korporationen, die Aufnahme in den oben-nameden nächst zu veröffentlichenden Vereinskalender wünschen, wollen Name und Sitzungstag uns zuzenden. Es können nur die Vereine veröffentlicht werden, die bis zum 1. Februar ihre Adresse neu eingekandt haben.

Arbeiter-Zamariter-Kolonie. Donnerstag abend 9 Uhr vierte Abteilung in Lichtenberg, Schornsteinstraße 60. Vortrag des Herrn Dr. Nahtney über Christus — Erlöschen — verschiedene Formen der Bewußtlosigkeit. Daran anschließende praktische Übungen, Wiederholungsversuche. Vorstellung des Sauerstoffatmungsapparates. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Einschreibegeld 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf., Mitgliedschaftsbeitrag zur Verfügung. — Mittwoch Dresdenerstr. 45 Monatsführung der deutschen Abteilung.

Im Erlösungs- und Fürsorgeverein für geistig zurückgebliebene (schwachsinige) Kinder spricht am Freitag, den 2. Februar 1906, abends 8 Uhr, im Bürgerhalle des Rathauses der ordentliche Professor an der hiesigen Universität Herr Dr. med. Fiehn über „Krankehafte pflüchliche Konstitutionen im Kindesalter.“ Gäste willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

Karo. Das Bureau des Handlungsgehilfenverbandes befindet sich in der Neuen Friedriehstraße 20.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 30. Januar 1906. Ein wenig kühler, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und ziemlich kühlen westlichen Winden.

<b>Leihhaus</b> Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 40 I. Hohe Belohnung. Diskr. Sprechzimmer	<b>Leih-Haus</b> Charlottenburg, Friedrichs-Str. 12, Berlin, Anhalter-Str. 2. Belohnung von Brillanten, Gold- u. Silberwaren, Uhren, Wägen, Bücher (Leihbücherei) etc.
	300 Pf.
	Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.